

# 35

KLEINE REIHE

Frank Bösch

## Politik als Beruf

Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945



thh

stiftung  
bundespräsident-  
theodor-heuss-haus

---

## Zur Publikation

---

Politiker haben ein denkbar schlechtes Ansehen. Nicht erst seit Aufkommen des Populismus wird ihnen vorgeworfen, sie seien nur auf Machterhalt und Geld aus, seien inkompetent und ohne Bezug zur Bevölkerung. Doch halten derlei Pauschalurteile einer zeithistorischen Analyse stand? Wie entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland die Politik zu einem Beruf mit einem festen Gehalt? Was waren Voraussetzungen dafür, in der Politik erfolgreich zu sein? Wie veränderten sich Image und Sozialprofil von Politikern?

Frank Bösch, ein ausgewiesener Experte der Politik- und Parteiengeschichte, geht diesen Fragen sozialgeschichtlich nach. Dabei kommt er zu einem klaren Befund: Die deutschen Politiker sind deutlich besser als ihr Ruf.

*Titelfoto:  
Blick in den Plenarsaal des Deutschen Bundestages während  
der Abstimmung zur Ratifikation des Grundlagenvertrages  
mit der DDR am 11. Mai 1973*

35  
KLEINE REIHE

Frank Bösch

## Politik als Beruf

Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945

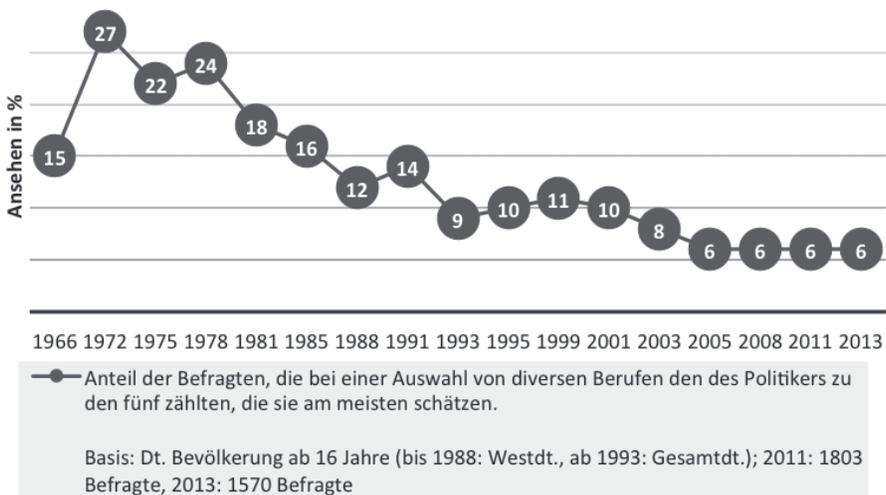


# Politik als Beruf

## Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945

Der Beruf des Politikers hat heute ein denkbar schlechtes Ansehen. In Deutschland liegt seine Reputation bei Umfragen seit längerem am unteren Ende, noch hinter Steuerbeamten und Managern. Ein schlechteres Image haben nur Mitarbeiter von Telefongesellschaften und Werbeagenturen, wohingegen rettende Berufe wie Polizisten, Feuerwehrleute, Krankenschwestern und Ärzte ein besonders hohes Ansehen genießen.<sup>1</sup> Wer sich dagegen als Politiker für die innere Sicherheit einsetzt oder für den Erhalt des Gesundheitssystems kämpft, wird mit Missachtung bestraft. Weltweit sieht es meist ähnlich aus: In Brasilien oder Spanien ist das Ansehen der Politiker noch geringer, in anderen Ländern zumindest etwas besser, überraschenderweise selbst in Russland, Indien und den USA.<sup>2</sup> Im historischen Längsschnitt fällt zudem der Prestigeverlust in der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren auf: Unter Willy Brandt und Helmut Schmidt war die Reputation der Politiker am höchsten, dann setzte ein Niedergang ein (Abb. 1). Generell sank seit den späten 1970er Jahren das Vertrauen in Politiker, in ihr Handeln und ihre Fähigkeiten.<sup>3</sup>

Abbildung 1: Die Entwicklung des Berufsprestiges von Politikern in der Bundesrepublik seit 1966<sup>4</sup>



---

Die Folgen der Verachtung für hauptberufliche Politiker sind derzeit so sichtbar wie nie.

---

Für das weltweit gesunkene Ansehen gibt es viele naheliegende Erklärungen. Skandale um Privilegien, Steuerhinterziehungen und Vorteilsnahmen, die seit den 1970/80er Jahren zunahmten, zählen sicherlich dazu. Ebenso förderte die mediale Darstellung von Politikern in Spielfilmen, Comedyformaten oder Erfolgsserien vermutlich diesen Ansehensverlust.<sup>5</sup> Wähler wünschen rasche Veränderungen, während Politiker langwierig »dicke Bretter« bohren müssen. Die Mythen um ihr selbstbezogenes Agieren, ihre angebliche Faulheit oder Inkompetenz sind dabei ebenso groß wie das Unwissen über diesen Beruf. Die Folgen dieser Verachtung für hauptberufliche Politiker sind derzeit so sichtbar wie nie: sei es bei der schwindenden Mitgliederbasis der Parteien, sei es bei der Wahl von Seiteneinsteigern wie Donald Trump und populistischen Berufspolitikern, die sich öffentlich durch die Verachtung der eigenen Zunft profilieren. Politserien wie »House of Cards« trugen somit in gewisser Weise mit dazu bei, dass ihre fiktionalen Inhalte realer wurden. Laut einer Umfrage bejahten viele ihrer Zuschauer, dass ein effektiv handelnder Politiker rücksichtslos und manipulativ sein müsse.<sup>6</sup> Auch die AfD profitierte von diesem Ansehensverlust und dem Versprechen, mit neuen Seiteneinsteigern aus »dem Volk« in die Parlamente einzuziehen. So beschimpfte der Thüringer AfD-Sprecher Björn Höcke Anfang 2017 nicht nur die Grünen als Studienabbrecher und Berufspolitiker, sondern forderte von seinen Anhängern: »Ich will, liebe junge Freunde und Patrioten, ich will, dass ihr einen Beruf habt. Denn wer keinen Beruf hat, ist von der Politik abhängig.«<sup>7</sup>

Es lohnt angesichts dieser wirkmächtigen Debatten zeithistorisch zu diskutieren, wie sich der Beruf des Politikers entwickelte, um öffentlich kursierende Vorwürfe und Klischees fundierter einzuordnen. Wie entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland die Politik zu einem Beruf mit einem festen Gehalt? Was waren Voraussetzungen dafür, in der Politik zu reüssieren? Wie veränderte sich die soziale Zusammensetzung von Politikern und wie wandelte sich ihr Image? Dies soll im Folgenden jenseits der großen und gut bekannten Skandale eher sozialgeschichtlich für drei Felder diskutiert werden, die seit langem im Zentrum der Debatte über die »Politik als Beruf« stehen: das Einkommen von Politikern, ihr Sozialprofil und ihre spezifischen Fähigkeiten. Dabei lässt sich zeigen, dass sich seit den 1970er Jahren zwar Politik als Beruf deutlich geändert hat, die öffentlichen Zuschreibungen über Politiker aber in vielen Fällen kaum haltbar sind. Dass die Politik zu einem Beruf wurde, ist einerseits ein gewöhnlicher Professionalisierungsprozess in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften, der alle wichtigen Berufstätigkeiten kennzeichnet. In Demokratien mit gewählten Ämtern und Mandaten erscheint dies jedoch oft

als Problem, da hier zumindest der Eindruck einer abgeschlossenen politischen Klasse entstehen kann, die ihre Privilegien sichert.<sup>8</sup>

Wenn im Folgenden Merkmale und Karrieren von Politikern behandelt werden, so beschränkt sich dies auf die Inhaber von Mandaten und leitenden Regierungsämtern sowie hauptberufliche leitende Parteimitarbeiter. Ausgeklammert bleiben dagegen zuarbeitende Mitarbeiterstäbe sowie politische Aktivisten, die etwa in NGOs ebenfalls Politik betreiben, also auch für kollektiv verbindliche Entscheidungen eintreten. Wie neuere Studien zeigen, entwickelte sich beim Führungspersonal von NGOs ebenfalls das Selbstverständnis, hauptberuflich Politik zu gestalten.<sup>9</sup> Dennoch gibt es gute Gründe, Angehörige von NGOs und Interessenverbänden von Politikern im engeren Sinne zu unterscheiden. Schließlich werden Amts- und Mandatsträger überwiegend mit Steuermitteln finanziert, wirken direkt an politischen Entscheidungen mit und stehen auch im öffentlichen Diskurs über Politiker im Mittelpunkt. Entsprechend beziehen sich auch die eingangs angeführten negativen Zuschreibungen fast durchweg auf sie.

## **1. Bezüge und Ausstattung von Politikern**

Wer von der »Politik als Beruf« spricht, spielt natürlich auf den berühmten gleichnamigen Vortrag des Soziologen Max Weber an. Weber definierte Berufspolitiker hier bereits 1919 als diejenigen, die im Unterschied zu Honoratioren nicht nur »für die Politik« lebten, sondern auch »von der Politik«.<sup>10</sup> Dies berührt einen ersten zentralen Punkt einer bis heute anhaltenden Kritik am Verdienst von Politikern. Wie entwickelte sich ihr Einkommen und welche Folgen hatte die jeweilige Höhe der Diäten für die Stellung von Politikern?

---

Nach Bismarcks Kalkül sollte die Ehrenamtlichkeit von Politikern Unter- und Mittelschichten aus der Politik fernhalten und damit die Demokratisierung der Politik einhegen.

---

Hier lohnt ein vergleichender Rückblick auf das Kaiserreich, der die oft konträren Folgen eines Verzichts auf Diäten deutlich macht. Denn die Reichsverfassung von 1871 schrieb in Artikel 32 ein explizites Diätenverbot für den Reichstag vor, das die Unabhängigkeit der Politiker garantieren sollte. Dies war insofern bemerkenswert, als dass in vielen deutschen Ländern die Angehörigen der Zweiten Kammern bereits Tagegelder für die Sitzungsbesuche erhielten und auch die Frankfurter Reichsverfassung von 1849 dies bereits vorsah.<sup>11</sup> Bismarck setzte das Diätenverbot jedoch 1871 als Kontrapunkt zum allgemeinen männlichen Wahlrecht durch und hielt ent-

gegen vieler Widerstände daran fest. Die Ehrenamtlichkeit sollte Unter- und Mittelschichten aus der Politik fernhalten und damit die Demokratisierung der Politik einhegen. Bemerkenswert waren auch aus heutiger Sicht die Folgen. So war das Parlament deshalb häufig leer und oft beschlussunfähig. Zudem machte es den Reichstag zu einem Parlament der Beamten, die rund die Hälfte der Abgeordneten ausmachten, da sie ein Recht auf einen bezahlten Urlaub besaßen. Insofern förderte der Verzicht auf Diäten ein Parlament mit loyal gesinnten Staatsdienern.<sup>12</sup>

Generell ging Bismarcks Kalkül nicht auf und der Verzicht auf eine Entlohnung hatte schnell auch für die Konservativen nachteilige Folgen. Gerade für bürgerliche Parteien wurde es schwerer, geeignete Bewerber zu finden. Die in Berlin wohnenden Politiker erhielten so eine große Macht, während die Provinz schwächer präsent war. Besonders die SPD umging das Diätenverbot durch die Vergabe von Funktionsposts, sodass ein Großteil ihrer Reichstagsabgeordneten in der Partei, als parteinahe Journalisten oder Gewerkschafter ihr Brot verdienten. Die mangelhafte staatliche Unterstützung führte damit, gerade anders als intendiert, zu einer parteizentrierten Professionalisierung der Politik und der Ausbildung von Berufspolitikern auf der Linken. Die Sozialdemokraten waren dadurch sichtbarer und aktiver in der Politik. Dies hielt lange vor; noch in den 1960er Jahren stellten die Christdemokraten neidvoll fest, dass die Sozialdemokraten viel präsenter seien, im Gegensatz zu ihren Politikern, die nebenbei oft Kanzleien und Unternehmen betrieben. So machten die fehlenden Diäten die finanziell anders abgesicherten Abgeordneten im Kaiserreich jedoch nicht unabhängiger, sondern vielmehr abhängiger von Gewerkschaft und Partei. Dies trug mit dazu bei, den Fraktionszwang zu verstärken. Zudem förderte die Ehrenamtlichkeit auch bei bürgerlichen Politikern eine Ämterverflechtung. Denn viele Reichstagsabgeordnete nahmen zugleich noch bezahlte Posten in den Landesparlamenten an – 1907 hatte die Hälfte ein solches Mandat zusätzlich inne. Auch dies stand für die paradoxe Folge, dass sich trotz oder gerade wegen des Diätenverbots die Politik zum Beruf entwickelte.

Das sozialdemokratische Erstarken im Parlament ließ entsprechend die bürgerlichen und konservativen Widerstände gegen eine Entlohnung aller Abgeordneten erlahmen. Ab 1906 erhielten deutsche Reichstagsabgeordnete zumindest ein bescheidenes Sitzungsgeld von 3.000 Mark jährlich (mit Abzügen von 20 Mark pro abwesendem Sitzungstag), zudem freie Bahnfahrten, während das Besoldungsverbot bestehen blieb.<sup>13</sup> Die zugestandene Summe lag zwar immerhin über dem Salär der SPD-Parteifunktionäre, allerdings mussten die sozialdemokratischen Abgeordneten Teile davon als Ausgleich an die Partei abführen. Und trotz der relativ geringen Höhe der Bezüge kamen bereits damals sofort Stimmen auf, die deren Missbrauch argwöhnten und faule Abgeordnete witterten, die selten im Reichstag erscheinen, aber dafür gratis zu persönlichen Zwecken durch das Land reisen würden.<sup>14</sup>

Die eigentlichen Topverdiener waren hingegen die Diplomaten und Staatssekretäre bzw. Minister. Ein Botschafter in einer wichtigen europäischen Hauptstadt verdiente rund 120.000–150.000 Goldmark jährlich, der Staatssekretär des Auswärtigen Amts zumindest 50.000, wenngleich die hohen Repräsentationskosten durchaus Eigenmittel nötig machten.<sup>15</sup> Generell konnten die höheren Staatsdiener mit überproportional hohen Bezügen rechnen, die keine entsprechende Kritik auslösten.

---

Die schwach finanzierte Politik förderte keineswegs unabhängige Köpfe, sondern verstärkte Abhängigkeiten von Partei und Interessengruppen.

---

Angesichts der weiterhin prekären Bezahlung griffen auch die bürgerlichen Parteien rasch Prinzipien der Sozialdemokraten auf. Bei ihnen bildeten Interessenverbände das Pendant zu den Organisationen der Arbeiterbewegung. Ihre Abgeordneten stammten nun häufiger vom Bund der Landwirte, von Industrieverbänden oder auch kirchlichen Organisationen und parteinahen Zeitungen. Besonders die Linksliberalen führten frühzeitig Parteikassen für Entschädigungen ein. Der Anteil der Funktionäre im Reichstag stieg so von circa 15 Prozent auf über ein Drittel am Ende der Weimarer Republik. Unter den Deutschnationalen und liberalen Abgeordneten gehörten im Weimarer Reichstag über 40 Prozent wirtschaftlichen Interessenverbänden an.<sup>16</sup> Insofern förderte die schwach finanzierte Politik keineswegs unabhängige Köpfe, sondern verstärkte Abhängigkeiten von Partei und Interessengruppen. Dies führte wiederum dazu, dass das Image von Abgeordneten bereits im Kaiserreich und der Weimarer Republik schlecht war, trotz oder gerade wegen geringer Bezüge.

Aus Angst vor einem Imageverlust erhielten die Reichstagsabgeordneten auch in der Weimarer Republik nur eine Entschädigung, keine Besoldung. Sie lag höher als im Kaiserreich, entsprach aber 1927 in etwa dem Einstiegsgehalt eines Ministerialrats und einem Viertel eines Ministergehaltes. Da die Abgeordneten nun jedoch tatsächlich ihr Amt meist in Vollzeit ausübten und zusätzliche Kosten für ihr Leben in Berlin und die Arbeit im Reichstag anfielen, schmolz diese Summe rasch zusammen.<sup>17</sup> Hinzu kamen Pflichtabgaben an ihre Parteien, die bis heute umso üppiger ausfallen, je weiter links eine Partei steht. Ende der Weimarer Republik senkte der Reichstag zudem diese Beträge in Reaktion auf die öffentliche Kritik. Dennoch lässt sich festhalten, dass die Politik damit bereits vor der Anerkennung fester Gehälter zu einem Beruf geworden war.

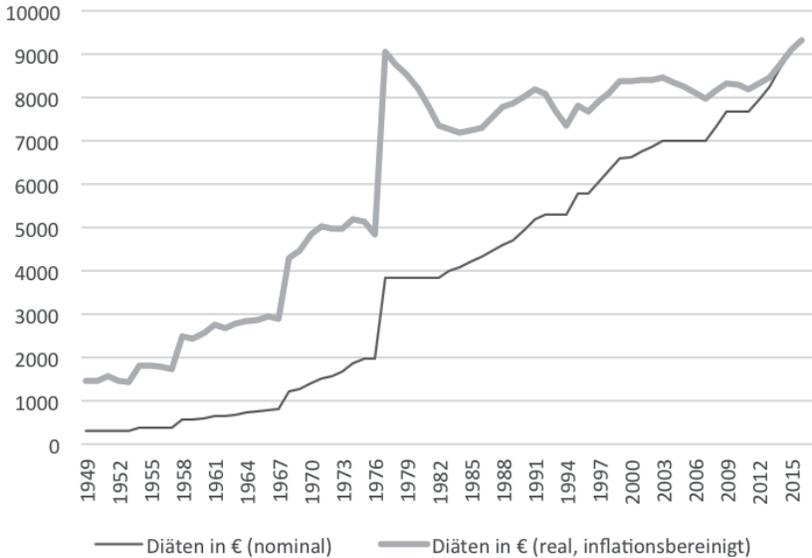
In der frühen Bundesrepublik hielt man weiter am Grundsatz aus dem Kaiserreich fest, nur eine Entschädigung zu zahlen und bei unentschuldigter Abwesenheit Abzüge vorzunehmen. Immerhin fixierte das Grundgesetz in Artikel 48 für die Abgeordneten einen »Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung«, was die politische Arbeit anerkannte. Ebenso wurden die verpflichtenden Zahlungen für Sozialversicherungen schrittweise ausgebaut. Noch magerer blieb zunächst die staatliche Finanzierung der Parteien und damit die Bezahlung der dort aktiven Politiker. Wiederum zeigten sich die ambivalenten Folgen: Während die SPD als Massenmitgliederpartei ihre Funktionäre aus Mitgliedsbeiträgen entlohnte, hatten die bürgerlichen Parteien, die stärker aus dem Staat und der Regierung heraus agierten, anfangs kaum zahlende Mitglieder. Sie finanzierten sich vornehmlich über Wirtschaftsspenden, die jedoch vor allem zu Wahlkampfzeiten flossen und keine kontinuierlichen Gehälter für Parteiangestellte garantierten – mit mannigfaltigen Folgen. Viele Christdemokraten nutzten zum einen die Ressourcen der Exekutive, um Parteiaufgaben zu erledigen. Zudem gründeten sie mit der Wirtschaft Spendenvereine, auf Bundesebene insbesondere die »Staatsbürgerliche Vereinigung e.V.«, die als »Mitgliedsbeiträge« monatlich Großspenden aus der Wirtschaft an die bürgerlichen Parteien überführten, was rechtlich und moralisch bestenfalls eine Grauzone bildete.<sup>18</sup>

Seit 1959 trat zudem auch die Union für einen Ausbau der staatlichen Parteienfinanzierung ein und erhöhte in den 1960er Jahren die Zahlungen beträchtlich. Je nach Wahlergebnis erhielten die Parteien nun Mittel, um Wahlkämpfe zu führen und ihre Parteiorganisation auszubauen. Erst dadurch wurde die Politik auch innerhalb der bürgerlichen Parteien nun vermehrt zum Beruf, da dies die Einstellung fester Funktionäre förderte. Ihre staatliche Finanzierung fand freilich noch weniger öffentliche Zustimmung als die von Mandatsträgern. Die moralisch und rechtlich fragwürdigen Spendenvereine blieben zudem bestehen und ermöglichten Zusatzzahlungen an einzelne Politiker, bis Skandale in den 1980er Jahren zu ihrer Auflösung führten. Meist erhielten zwar nicht Politiker selbst einen persönlichen Bonus, aber die verdeckten Mittel für ihr Büro und ihren Landes- oder Kreisverband stärkten ihre Macht und Spielräume. Ende der 1990er Jahre belasteten Spendenaffären um die Verwendung der in die Schweiz und nach Liechtenstein transferierten Restmittel einzelne CDU-Politiker schwer. Weniger die staatliche Finanzierung der Parteien als dieser Umgang mit Wirtschaftsspenden trug somit maßgeblich dazu bei, den Beruf des Politikers insgesamt zu diskreditieren.

In den Parlamenten zeichnete sich ebenfalls in den 1970er Jahren eine Wende ab. 1975 erkannte das Bundesverfassungsgericht in seinem bis heute grundlegenden »Diätenurteil« an, dass sich das politische Ehrenamt mit Entschädigung zu einem Beruf mit Gehalt verwandelt habe. Seit 1977 gelten die Bundestagsbezüge nicht mehr als Aufwandsentschädigung, sondern als steuerpflichtige Bezüge, die die Abgeordneten sich selbst gewähren. Tatsächlich wurde der Satz 1977 verdoppelt.<sup>19</sup>

Ähnliche Reformen führten auch die Landesparlamente durch, wo die Bezüge in den 1960er Jahren kaum die Unkosten der Abgeordneten deckten. Erst dadurch entwickelte sich auch das Landtagsmandat in den Flächenländern zu einem Full-time-Job, der nicht mehr nebenbei gemacht wurde oder lediglich ein Sprungbrett in den Bundestag war.

Abbildung 2: Vergleich der nominalen und realen (inflationsbereinigten) Entwicklung der Diäten von Bundestagsabgeordneten seit 1949 (eigene Berechnung nach der Inflationsrate von 2016).<sup>20</sup>



Die späten 1970er Jahre waren ein Wendepunkt. Das Ansehen der Politiker und die Parteimitgliedschaften stagnierten erst, dann brachen sie schrittweise ein.

Dass diese Reform Mitte der 1970er Jahre stattfand, war charakteristisch. Sie korrespondierte mit dem allgemeinen Anstieg der Staats- und Sozialausgaben und dem Ausbau des öffentlichen Dienstes. Zudem vollzog sie sich auf dem Höhepunkt des Ansehens von Politikern und in einer Blütephase parteipolitischen Engagements, das wiederum durch die politische Professionalisierung gefördert wurde. Zugleich waren die späten 1970er Jahre ein Wendepunkt. Das Ansehen der Politiker und die Parteimitgliedschaften stagnierten erst, dann brachen sie schrittweise ein. Ebenso wuchs angesichts der Wirtschaftskrisen die Kritik an hohen Staatsausgaben seit

Ende der 1970er Jahre. In diesem Kontext stand der wachsende öffentliche Unmut über die Politikerdiäten, die im Kontrast zu einigen Kürzungen bei den Sozialausgaben unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl standen. Die nunmehr regelmäßig gemeldeten Erhöhungen der Bezüge trugen sicherlich zum Reputationsverlust seit Ende der 1970er Jahre mit bei. 1995 kürte die Gesellschaft für deutsche Sprache entsprechend den Begriff »Diätenanpassung« zum »Unwort des Jahres«, da diese als Selbstbedienung erschien.

Allerdings stiegen die Abgeordnetenbezüge im Bundestag zumindest seit 1977 geringer als die Bruttolöhne insgesamt, der öffentliche Dienst inbegriffen.<sup>21</sup> Dies korrespondierte mit der neuen Schere zwischen den Einkünften im öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft: Seit 1987 entstand eine Diskrepanz zwischen 25 und 55 Prozent zwischen vergleichbaren Stellen beim Staat und in der Wirtschaft.<sup>22</sup> Eine überproportionale Bereicherung der Politiker lässt sich somit nicht ausmachen, wohl aber eine deutliche Steigerung von einem hohen Niveau seit 1977.

Im internationalen Vergleich liegen die Bundestagsdiäten mit heute 9.400 Euro plus 4.300 Euro Kostenpauschale dennoch weit vorne. Wie hoch die Bezüge von Politikern ausfallen, hängt dabei nicht allein von der Wirtschaftskraft des Landes ab, sondern vor allem vom Professionalisierungsgrad der Abgeordneten. Entsprechend hoch liegt die Bezahlung auch in den USA, Irland oder Österreich, während sie in der Schweiz mit ihrem Teilzeitparlament gering ausfällt.<sup>23</sup> Andere Länder sind zudem dazu übergegangen, die Bezüge an die Gehälter anderer Spitzenbeamter zu koppeln oder externe Gremien hierüber entscheiden zu lassen. Ein kausaler Zusammenhang zwischen der Beliebtheit von Politikern und ihrem Verdienst lässt sich international jedoch nicht direkt belegen. In Großbritannien sind etwa die Diäten gering, das Ansehen ebenso; dagegen korrelieren in den Niederlanden und den USA hohe Bezahlungen mit einem vergleichsweise hohen Ansehen. Leicht erklärbar ist die starke Kritik in Deutschland nicht. Ein wichtiger Grund ist sicherlich, dass in Deutschland hohe Einkommen generell sehr diskret behandelt werden und höhere Gehälter relativ intransparent bleiben, da Neiddebatten befürchtet werden.<sup>24</sup> Politik als Beruf beschert tatsächlich noch heute vielen Amts- und Mandatsträgern einen finanziellen Aufstieg, der Neid erwecken kann. Von den Bundestags- und Landtagsabgeordneten gab in den 2000er Jahren immerhin die Hälfte an, im Parlament mehr zu verdienen als im vorherigen Beruf.<sup>25</sup> Durch den starken Anstieg der Managergehälter seit den 1990er Jahren wirken die Politikergehälter dennoch gering und unattraktiv für Führungskräfte aus der Wirtschaft. Zudem ist Politik als Beruf auch finanziell immer noch ein gewisses Wagnis – nicht nur für gewählte Abgeordnete, sondern auch für politische Beamte. Bei einem Machtwechsel wie 1982/83 verloren etwa 240 politische Beamte ihre bisherige Position.<sup>26</sup> Angesichts dieser fortbestehenden Unsicherheiten waren weiterhin viele Abgeordnete Beamte; im Bundestag der Ära Adenauer ein Viertel, seit den 1980er Jahren sogar ein Drittel. Ihre finanzielle Absicherung ist dabei sicherlich nicht der einzige Grund,

sondern ebenso ihre Erfahrung mit Verwaltung und öffentlichen Entscheidungsprozessen. Zudem minimiert der Beamtenstatus Risiken, da innerhalb einer bestimmten Frist nach Beurlaubung ein Anspruch auf eine »Rückführung« in das frühere Dienstverhältnis besteht.

Ob die deutschen Politiker angemessen oder überzogen bezahlt werden, ist schwer zu bewerten. Das Auswahlverfahren ist gerade für den Bundestag hochgradig kompetitiv, die Arbeitsbelastung schon vor dem Einzug immens. Die Bewertung der Diäten fällt in der Debatte gerade deshalb schwer, weil die Vergütung nicht den Logiken des normalen Arbeitnehmers folgt. Ihre Zusammensetzung mit steuerfreier Kostenpauschale, Fahrbereitschaft und BahnCard 100, pensionsähnlichen Ansprüchen ohne Einzahlungen und Übergangsgeldern machen sie schwer vergleichbar. Auch die sehr unterschiedliche Höhe der Diäten in den Landtagen lässt sich kaum vergleichen, da Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen zwar hohe Bezüge gewähren, dafür aber der Betrag versteuert werden muss und Versorgungsleistungen entfallen. In jedem Fall lässt sich die Bezahlung als überdurchschnittlich bewerten.

Deshalb bilden die hohen privaten Zusatzverdienste einzelner Abgeordneter sicherlich den besonders problematischen Punkt, der seit langem von Parteienkritikern wie Hans-Herbert von Arnim angeprangert wird.<sup>27</sup> 1972 hatte der Bundestag zumindest festgelegt, dass Abgeordnete ihre frühere Berufstätigkeit und fortgeführte entgeltliche Tätigkeiten in Unternehmen und Stiftungen öffentlichen Rechts angeben mussten. Der Bundestag reagierte schließlich 2007, auch auf Druck des Bundesverfassungsgerichts, mit etwas mehr Transparenz: Die Abgeordneten müssen seitdem ihre Nebeneinkünfte in zehn Verdienststufen angeben, nicht aber ihre präzisen Einkommen. Die aktuellen Daten weisen einerseits das Vorurteil zurück, dass die Mehrheit der Abgeordneten nebenher hohe Einkünfte aus Kanzleien oder gar Lobby-Organisationen bezieht; nur ein Viertel der Abgeordneten im Sommer 2017 bezog danach meldepflichtige Einkünfte von mehr als 1.000 Euro im Monat bzw. 10.000 Euro im Jahr. Andererseits verdeutlicht die Liste der Topverdiener ein Problem, das Vorurteile weiter beflügelt. Immerhin 19 Abgeordnete hatten danach einen Nebenverdienst von mindestens 300.000 Euro in der Legislaturperiode 2013–2017, de facto angesichts der Mindestgrenzen deutlich höher (17 von der CDU/CSU, zwei von der SPD); der Topverdiener Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU) kam auf mindestens 2,9 Millionen Euro zusätzlich. Weniger die Höhe als vor allem die jeweilige Herkunft der Einnahmen bildet ein Problem. Verschiedene Abgeordnete erhalten Einkünfte von Vorstandsposten, die durchaus mit ihrer Expertise im Bundestag in Verbindung stehen.<sup>28</sup> Darin und in präzisen Angaben über Geldgeber und Betrag liegt der eigentliche Reformbedarf, auch um die hohen deutschen Diäten zu rechtfertigen. Dennoch lässt sich auch bei diesen Fragen feststellen, dass in der Politik so viel Transparenz herrscht wie nie. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik waren deutlich engere finanzielle Verflechtungen mit der Wirtschaft und Verbänden üblich, nur blieben sie intransparent. Nicht unüblich war es zudem,

dass Vorsitzende von bestimmten Lobbygruppen – etwa der Landwirtschaft oder der Vertriebenen – gleich das entsprechende Ministerium übernahmen.

Angesichts der grassierenden Kritik an der finanziell privilegierten »Politikerkaste« reüssierte in den USA 2016 der Multimillionär Donald Trump als Präsident, der gerade wegen seines Reichtums beansprucht, unabhängig zu sein. Um dies zu unterstreichen, übt Trump sein Amt ehrenamtlich aus. »You cannot corrupt a millionaire«, argumentierten bereits die britischen Konservativen vor 1914 gegen Diäten und für reiche Kandidaten.<sup>29</sup> Max Weber hielt dem schon in »Politik als Beruf« entgegen: »Dem vermögenden Mann ist die Sorge um die ökonomische ›Sekurität‹ seiner Existenz [...] ein Kardinalpunkt seiner ganzen Lebensorientierung.«<sup>30</sup> Sprich: Wer sich bisher bereicherte, wird dies auch als Politiker tun. Unabhängigkeit gewährt auch privater Reichtum demnach nicht.

Auffällig ist, dass selten die Einkünfte der politischen Spitzenbeamten, der Minister und der leitenden Ministerialbürokratie diskutiert werden. Sie erhielten gerade in Deutschland früh und dauerhaft hohe Gehälter, die jene von gewählten Politikern lange Zeit um das Mehrfache übertrafen. Allerdings gerierten sie sich oft eben nicht als Politiker, sondern als Experten und Vertreter des Staats, die scheinbar über den Parteien stünden. Dies und ihre große Personalverantwortung machten sie unverdächtiger und weniger angreifbar. Politiker sind sie dennoch in dem Sinne, dass sie für eine bestimmte politische Richtung hauptberuflich kollektiv verbindliche Entscheidungen aushandeln. Heute haben sich ihre Gehälter an die von Abgeordneten angenähert, sind aber weiterhin stattlich. So kommen etwa Minister und Staatssekretäre, die zugleich Teile der Abgeordnetendiät beziehen, bereits in Bundesländern wie Bayern auf rund 250.000 Euro Jahresgehalt, mit vorteilhaften Pensionsregeln und eigenem Dienstwagen. Zugleich wuchs ihre Zahl an, um unterschiedliche Flügel und Koalitionspartner mit Prestigeposten zu befriedigen, was die Kritik verstärkte.

Noch deutlicher als die Bezüge der Politiker wuchs seit den 1970er Jahren die Anzahl der Büros der Abgeordneten. Dies stand ebenfalls für eine Professionalisierung der Politik.<sup>31</sup> Durch die Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung und den Zulauf an Parteimitgliedern entstand in den 1970er Jahren ein großer Stab an Funktionären, wodurch mehr Menschen den Beruf des Politikers ergriffen. Nun leistete sich auch die CDU/CSU überall hauptamtliche Kreisgeschäftsführer. Ebenso vervielfachten sich die Mitarbeiterstäbe im Bundestag und in den Landtagen. Denn erst 1969 erhielten mit der »Kleinen Parlamentsreform« auch gewöhnliche Abgeordnete die Möglichkeit, mit einem monatlichen Fixbetrag mindestens einen Mitarbeiter anzustellen. Waren 1969 lediglich 398 persönliche Mitarbeiter bei Bundestagsabgeordneten beschäftigt, so stieg ihre Zahl in fünf Jahren auf 917 und in weiteren fünf Jahren auf 1.300.<sup>32</sup> Seit Anfang der 1990er Jahre waren nicht weniger als 4.000 Mitarbeiter im Bundestag und bei Abgeordneten beschäftigt, drei Viertel

davon Schreibkräfte. Bis 2016 stieg die Zahl auf 4.500. Heute erhalten die Abgeordneten eine Pauschale von rund 20.807 Euro (Stand Anfang 2017), die mindestens für einen Mitarbeiter im Wahlkreis, einen im Bundestag und eine Schreibkraft ausreicht.<sup>33</sup> Die sogenannte »Verwandtenaffäre« in Bayern, aber noch deutlicher in Frankreich, brachte zuletzt die Auswahl der Beschäftigten in Misskredit. Nachdem schon Ende der 1990er Jahre an der durchaus üblichen Praxis in Bayern Kritik aufkam, dass Verwandte der Abgeordneten als Mitarbeiter beschäftigt wurden, untersagte dies eine Gesetzesreform. Deutlich wurde jedoch 2013, dass 79 Abgeordnete mit Verweis auf eine Übergangsregelung weiterhin Ehefrauen und Verwandte eingestellt hatten, was zu verschärften Regeln führte.<sup>34</sup> Zudem kursiert regelmäßig der Vorwurf, dass die zusätzlichen Mitarbeiter der Abgeordneten eine verdeckte Parteienfinanzierung seien, da sie etwa im Wahlkampf oder bei Parteiprogrammen mitarbeiten würden. Da sich die Aufgaben natürlich oft kaum trennen lassen, ist dies nicht von der Hand zu weisen. Umgekehrt sorgte die starke Reglementierung dafür, dass alle Aufgaben und Kosten stets aufwendig zwischen Mandat, Amt und Partei getrennt werden müssen, je nachdem, wo ein Politiker etwa redet.

Eine Professionalisierung der Politik lässt sich dabei auf zwei Ebenen ausmachen: institutionell und bei den individuellen Berufsbiographien. Ämter und Mandate formalisierten sich durch die ausgebauten Mitarbeiterstäbe und entwickelten ein Gedächtnis über Regeln und Abläufe. Jenseits der individuellen Abgeordneten schufen sie feste Routinen.<sup>35</sup> Die gestiegene Zahl an Mitarbeitern in Parlamenten und Ministerien seit Ende der 1960er Jahre war zudem eine Antwort auf die gestiegene Komplexität der Politik. Angesichts einer zunehmenden Verrechtlichung des Alltags bedurfte es mehr Expertise und Kommunikation, um den Sachverstand in den Ministerien mit den tagespolitischen Aufgaben zu verbinden.

Bedeutete diese Professionalisierung eine Abkopplung von den Wählern und Wahlkreisen im »Raumschiff Bundestag«? Erstaunlicherweise nicht. Politiker verbringen seit den 1970er Jahren deutlich mehr Zeit sowohl in den Wahlkreisen und im Parlament als früher, was durch verbesserte Verkehrsverbindungen erleichtert wird. Selbst bei einem familiären Hauptwohnsitz in Berlin zählt das nahezu wöchentliche Pendeln in entlegene Wahlkreise zur Routine. Ebenso nahm die Zahl der Anfragen von Bürgern und Interessengruppen zu, die Politiker bearbeiten müssen. Während in den 1950er Jahren Spitzenpolitiker wie Theodor Heuss noch mitunter selber zur Feder griffen, um besorgte Bürger zu besänftigen, kümmert sich heute darum ein Stab von Mitarbeitern.<sup>36</sup>

Folglich führte gerade Politik als Beruf dazu, dass Politiker die gesellige Kommunikation der früheren Honoratioren wieder aufnehmen konnten. Viele Politiker kommunizieren zwar über Medien, aber wie sozialwissenschaftliche Studien zeigen, investieren sie einen Großteil ihrer Zeit weiterhin in die direkte Kommunikation und Präsenz in kleinen Vereinen, Betrieben oder auf Marktplätzen.<sup>37</sup> Die hauptamt-

lichen Wahlkreismitarbeiter halten ihre Wähler eher mit Bürgerterminen auf dem Laufenden, als dass sie sich abschotten. Dass Mitarbeiterstäbe Antworten auf Bürgerbriefe formulieren, führte eher zu einem Anstieg der Korrespondenz. Sprich: Politiker sind für Bürger heute viel leichter ansprechbar als früher. Allerdings ist es für Politiker schwieriger geworden, die Bürger zu erreichen, die stärker individuellen Freizeitgestaltungen nachgehen. Politiker sind heute zwar Mitglied in zahllosen unterschiedlichen Verbänden, Vereinen und kirchlichen Organisationen, aber diese haben eben an sozialer Bedeutung verloren. Pointiert gesprochen: Früher waren Auftritte von Politikern ein knappes Gut, heute ist es das Publikum.

.....

Politiker sind für Bürger heute viel leichter ansprechbar als früher. Allerdings ist es für Politiker schwieriger geworden, die Bürger zu erreichen.

.....

Insgesamt lässt sich somit für die Finanzierung und Ausstattung der Politiker festhalten, dass sich ein Leben für die Politik und von der Politik bedingte. In einem Arbeitsfeld mit permanent befristeten Anstellungen fördert es den Ehrgeiz, wenn Politiker sich ganz auf den Beruf einlassen und finanzielle Anreize erhalten, statt sich geistig und physisch wieder in ihre Anwaltskanzlei zu verabschieden. Politik als Beruf erleichterte zudem eine unabhängige Anbindung an Milieus und Interessengruppen: Während bis in die 1960er Jahre oft parteinahe Periodika, Verbände oder Gewerkschaften durch ihr Salär Politiker bei der Stange hielten, erleichterte das »Leben von der Politik« die Konsensbildung oder abweichende Einzelmeinungen. Die Kritik an der Finanzierung von Politikern ist hingegen so alt wie der Reichstag. Der historische Vergleich zeigt jedoch, dass niedrige Tagessätze nicht das Ansehen von Politikern förderten, wohl aber neue Abhängigkeiten schufen und die Sozialstruktur des Parlaments beeinflussten.

## **2. Sozialprofil und Karriereverläufe**

In Internet-Foren finden wir heute oft den Vorwurf, Politiker seien diejenigen, die keinen anderen Beruf ausüben könnten, quasi eine Art »Resterampe«. Außerhalb der Politik hätten sie allenfalls kurz und in dubiosen Positionen gearbeitet.<sup>38</sup> Tatsächlich ist kaum ein Beruf derartig kompetitiv wie ein Mandat im Bundestag, ein Ministerposten oder eine Stelle als leitender politischer Beamter. Auch ein Mandat als Landtagsabgeordneter oder das Amt des Oberbürgermeisters erreicht man nur in einem komplizierten Auswahlverfahren, das spezifische Kompetenzen und Profile abverlangt. Zumindest in Deutschland ist dabei eine Durchsetzung in Parteigremien nötig, die wiederum oft vom Erfolg in öffentlichen Ämtern abhängt.

Für öffentlichen Unmut sorgt sicherlich, dass die Wähler bei der Auswahl der Politiker eine auffallend geringe Rolle spielen.<sup>39</sup> Lediglich bei der Direktwahl von Abgeordneten, die nicht durch Listenplätze abgesichert sind, können die Wähler direkter Einfluss nehmen, kaum aber auf die Auswahl der Kandidaten. Selbst eine Abwahl von Abgeordneten ist so in der bundesdeutschen parlamentarischen Demokratie oft nicht möglich. Das Kumulieren und Panaschieren von Stimmen, wie es bei Kommunalwahlen in zahlreichen Bundesländern möglich ist, wäre eine Alternative hierzu. Auch bei der Wahl von Parteivorsitzenden kam es bislang nur zu wenigen Urabstimmungen der Mitglieder. Vielmehr dominieren Krönungen auf Parteitag mit nur einem Kandidaten, um Geschlossenheit zu erreichen. Selbst die Andeutung eines möglichen zweiten Kandidaten gilt oft als »Putschversuch«, wie beim Bremer CDU-Parteitag 1989. Gerade im kämpferischen Generationswechsel der 1970er Jahre gab es dagegen mehr Kampfabstimmungen, die durchaus mobilisierten. Nicht zuletzt Helmut Kohl selbst hatte seinen Parteivorsitz in Kampfabstimmung gegen Rainer Barzel erreicht.<sup>40</sup>

Unmut über die soziale Zusammensetzung entsteht auch, weil umstritten ist, welche sozialen Merkmale eigentlich Politiker aufweisen sollen: Sollen sie das Volk sozial abbilden, eine Auslese der Besten sein, für bestimmte Interessen stehen oder fachlich besonders qualifizierte Experten sein?<sup>41</sup> In der Praxis findet sich meist eine Mischform.

Die soziale Zusammensetzung der Politiker zeigt, dass man einige Voraussetzungen mitbringen muss, um hier zu reüssieren. Das belegt bereits ein Blick auf ihr Bildungsprofil. Politiker wiesen stets deutlich höhere Bildungsabschlüsse auf als die Durchschnittsbevölkerung. Schon in der Ära Adenauer hatte über die Hälfte der Bundestagsabgeordneten einen Hochschulabschluss, seit den 1980er Jahren drei Viertel, da nun auch die Sozialdemokraten höhere Bildungspatente aufwiesen.<sup>42</sup> Dies galt erst recht für eine Karriere in den Ministerien. Bei den Spitzenpolitikern dominierte dabei eine juristische Ausbildung, bei politischen Beamten der Ministerialbürokratie ohnehin. Dies prägte das politische Denken und Sprechen, sicher auch den Führungsstil. Im Bundestag stieg der Anteil der Juristen im Laufe der Jahrzehnte sogar weiter an. Auch dies steht für die Professionalisierung der Politik: Die Verantwortlichen für Gesetze hatten ihr Handwerk bereits im Studium gelernt und durchschauten so besser jene Winkelzüge, die meist die Referenten in den Ministerien ausarbeiteten. Dadurch konnten sie mit ihnen eher auf Augenhöhe verhandeln.

Das Klischee vom »Lehrer-Parlament« stimmt somit nicht, wenngleich der Anteil der Lehrer im Bundestag in den 1990er Jahren etwas anstieg. In den 1970er Jahren saßen im Bundestag vielmehr rund 140 Juristen und Staatsrechtler und je über 50 Ökonomen und Geisteswissenschaftler. Was jedoch in gewisser Weise zutrifft, ist der Vorwurf des »Beamtenparlamentes«: Seit den 1970er Jahren stammte über ein

Drittel der Bundestagsabgeordneten aus dem öffentlichen Dienst, 2013 zumindest noch ein knappes Viertel, was oft mit der gemeinwohlorientierten Haltung der Beamten erklärt wird. Dies steht freilich auch für eine Professionalisierung der Politik, da die Staatsdiener meist geschult im Verwaltungshandeln sind. Wer im Bundestag kaum zu finden war, das waren vor allem Naturwissenschaftler; in den 1970er Jahren gehörten ihm nur ein bis zwei an, und erst dank der ostdeutschen Abgeordneten wurden es in den 1990er Jahren einige mehr.<sup>43</sup> Die Abgeordneten stammten stattdessen eher aus politiknahen Studienfächern, die ihre Blickwinkel prägten.

Blickt man auf die individuellen Karrierewege, so erhöhte sich der Anteil derjenigen Politiker, die seit dem Studium auf eine politische Karriere setzten. Dies galt nicht erst nur für Juso-Gruppen der 1970er Jahre, sondern frühzeitig schon für Christdemokraten seit der Ära Adenauer. Diese waren häufiger Akademiker und frühe Politikprofis, die bereits während des Studiums ihre politische Karriere ausgebaut hatten. Sie waren zielstrebig, intellektuell geschulter und traten früher in hohe Ämter. Viele von ihnen setzten sich bereits als Studenten wissenschaftlich mit Parteien und Politik auseinander und schufen sich so eine geistige Basis für ihr berufliches Handeln. Rainer Barzel etwa veröffentlichte bereits mit 22 Jahren eine Studie über »Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien«.<sup>44</sup> Mit 38 Jahren wurde er Bundesminister, mit 40 Jahren sollte er die Fraktionsführung übernehmen.<sup>45</sup> Mit Gerhard Stoltenberg trat 1965 ein 37-Jähriger ins Bundeskabinett ein, der bereits eine idealtypische Parteikarriere hinter sich gebracht hatte: Nach einer zeitgeschichtlichen Promotion über den Reichstag übernahm er den Bundesvorsitz der Jungen Union, der dem noch nicht 30-Jährigen den Sprung in den Bundestag ermöglichte. Ebenso promovierte Helmut Kohl über die Parteien in Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel über die Wahlkampfführung in seiner Heidelberger Universitätsstadt<sup>46</sup> und der ehrgeizige Nachwuchspolitiker Uwe Barschel sogar gleich über »Die Stellung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein«, bevor er 1982 tatsächlich diesen Posten übernahm. Schon in ihrem Studium durchdrangen diese späteren Spitzenpolitiker damit ihr Berufsfeld und strebten rasch die Wahl in Parteivorstände an.

Da diese Jungpolitiker eben keine Rechtsanwaltskanzleien oder Betriebe nebenbei leiteten, widmeten sie sich ähnlich engagiert der Politik wie bislang nur die Sozialdemokraten. Weil die Politik sie ernährte, mussten sie schlechtweg einiges aufbieten, um ihre Posten zu erreichen und zu halten. Ein Scheitern bei Kandidaturen, wie es Helmut Kohl oft erlebte, bedeutete für sie keinen Rückzug. Vielmehr sammelten sie ihre Truppen neu und stellten sich so auf, dass sie beim nächsten Anlauf Erfolg hatten. Wie bei der Studentenbewegung entfaltete sich ihr Engagement aus einer Mischung aus hoher Bildung, ausreichender Freizeit, materieller Sicherheit und starkem Sendungsbewusstsein. Im Fall von Uwe Barschel zeigte sich freilich, welche Auswüchse dieser seit der Schulzeit entwickelte politische Ehrgeiz haben konnte: Nachdem öffentlich wurde, dass er an der Bespitzelung und Denunziation seines SPD-Rivalen Björn Engholm beteiligt war, verübte er 1987 (mutmaßlich)

Selbstmord. Der Skandal um Barschel erschütterte dabei maßgeblich das Ansehen der deutschen Politiker.

Für die Mehrheit der Mandatsträger wurden solche Karrierewege, die vom Studium aus in die Politik führten, erst nach dem Ausbau der Mitarbeiterstäbe seit den 1970er Jahren üblicher. Zudem trug die ausgebaute Finanzierung von Wahlen und Parteien in den 1970er Jahren entscheidend dazu bei, dass gerade in der Bundesrepublik die Politik für mehr Menschen frühzeitig ein Berufsfeld wurde, das man als Referent von der Pike an lernen konnte. Mitte der 1990er hatte immerhin ein Viertel der Bundestagsabgeordneten quasi direkt nach dem Studium den Weg in die Politik eingeschlagen. Aber zugleich hatte immerhin über die Hälfte von ihnen elf Jahre oder länger in einem anderen Beruf gearbeitet.<sup>47</sup> Das Klischee der reinen Berufspolitiker stimmt somit nicht, zumindest jenseits der Führungsriege. Besonders die »Hinterbänkler« schlugen erst spät den Weg in die Politik ein. Aber selbst die »zweite Reihe der Frontbencher« betrieb meist spätestens mit Mitte 30 Politik als Beruf.<sup>48</sup> Wie in anderen Berufen zahlte sich somit eine frühzeitige Professionalisierung aus und war später kaum einzuholen.

---

Für die Erringung eines parlamentarischen Mandats ist nicht nur das in Deutschland besonders stark ausgebildete Parteiensystem ein Filter, der die Auswahl und Karriereverläufe beeinflusst, sondern auch die Bewährung in der lokalen und regionalen Politik.

---

Insbesondere der Weg in den Bundestag ist durch diese Professionalisierung nicht einfacher geworden, sondern eher schwieriger und anspruchsvoller. Den Einzug dorthin schaffen die meisten erst spät nach einer langen innerparteilichen Profilierung. Sie dient der Bewährung und sichert, dass die Abgeordneten möglichst souverän, kompetent und regional geerdet sind. Bis zum Ende der Ära Adenauer lag das Durchschnittsalter bei rund 50 Jahren; nach 1969 kam es zwar phasenweise zu einer Verjüngung, in letzter Zeit stieg es aber wieder deutlich an.<sup>49</sup> Die oft medial präsentierten jungen Minister und Spitzenpolitiker mit einem kometenhaften Aufstieg, wie Karl-Theodor zu Guttenberg oder Christian Lindner, sind insofern eher Ausnahmefiguren. Entsprechend haben die meisten Politiker einen langen Vorlauf, in dem sie sich in ihren Parteien durchsetzen müssen. Immerhin zwei Drittel sammeln dabei kommunale Politikerfahrung, also lernen ihren Beruf von der Pike an. Wie lange der Vorlauf in Partei und unteren Mandaten dauert, hängt von dem angestrebten Mandat ab. Westdeutsche Bundestagsabgeordnete waren im Durchschnitt 17 Jahre Mitglied einer Partei, ehe sie gewählt wurden, EU-Parlamentarier hingegen nur zehn Jahre.<sup>50</sup> Während die Abgeordneten der CDU häufiger über die Landtage in

den Bundestag kommen, ist vor allem bei der SPD anscheinend die Erfahrung in der Kommunalpolitik von größerer Bedeutung.<sup>51</sup> Damit ist nicht nur das in Deutschland besonders stark ausgebildete Parteiensystem ein Filter, der die Auswahl und Karriereverläufe beeinflusst, sondern auch die Bewährung in der lokalen und regionalen Politik.

Die Bundestagsabgeordneten selbst sehen ihre Tätigkeit ganz überwiegend als einen »richtigen Beruf« an, wenngleich ein Viertel weiterhin kontinuierlich einer Erwerbstätigkeit nachgeht.<sup>52</sup> Dennoch ist selbst das lang ersehnte Bundestagsmandat kein Garant dafür, dass die Politik dauerhaft zu einem Beruf wird. Im Durchschnitt erreichen Bundestagsabgeordnete erst im Alter von Anfang bis Mitte 40 das Mandat, das sie dann im Schnitt für zwei bis drei Legislaturperioden innehaben, sodass bis zum Rentenalter noch ein Jahrzehnt verbleibt. Die Wiederwahlquoten liegen bei rund 70 Prozent. Damit ist ein Mandat im Bundestag zumindest für einen mittleren Zeitabschnitt ein durchaus kalkulierbares Risiko, das sich durch verschiedene Strategien minimieren lässt: etwa durch die Übernahme von leitenden Parteipositionen, auch regional, um an der Nominierung selbst teilzuhaben. Immerhin 40 Prozent der MdB leiteten in den 2000er Jahren daher auch einen Orts- und Kreisvorstand, 70 Prozent waren weiterhin lokal aktiv.<sup>53</sup> Dass nach zwei Legislaturperioden Rentenansprüche bestehen, minimiert dabei die Risiken und erleichtert den sanften Ausstieg aus der Bundespolitik in politiknahe Berater- und Vorstandsposten und zum lokalen Engagement.

Dennoch ist der Beruf des Abgeordneten im letzten Jahrzehnt deutlich schwerer kalkulierbar geworden, da die starke Zunahme der Wechselwähler die Schwankungen bei den Mandaten deutlich erhöhte. Vormalig sichere Wahlkreise einzelner Parteien sind durch neue Konkurrenz unsicherer geworden. So zeigte eine Recherche zu den 93 FDP-Abgeordneten, die 2013 ausgeschieden waren, dass ihr plötzliches Ausscheiden durchaus viele vor große Schwierigkeiten stellte: Wenngleich ein größerer Teil in frühere Kanzleien und Beratungsfirmen zurückkehrte, bedeutete dies für einige den Weg in die Arbeitslosigkeit und frühere untergeordnete Positionen.<sup>54</sup> Dass Politiker nach ihrem Ausscheiden als Lobbyisten »richtig« Geld verdienen, ist ein Klischee, das wiederum nur für einen kleinen Kreis von Ministern und Spitzenpolitikern gilt.

Für den Status der »Politik als Beruf« waren die Grünen in den 1980er Jahren eine besondere Herausforderung. Die Grünen richteten sich wie keine Partei zuvor gegen die bisherige Auffassung von einer professionellen Politik. Die von ihnen praktizierte Rotation der Abgeordneten, ihre Trennung von Amt und Mandat sowie der Zwang, einen großen Teil der Einkünfte an die Partei zu spenden, sollten die Herausbildung einer politischen Kaste verhindern und die Anbindung an die Basis und die sozialen Bewegungen stärken.<sup>55</sup> Vom Parteivorsitzenden bis zum Mitarbeiter zahlten die Grünen nur Hungerlöhne, um jeden Verdacht der Bereicherung

zu vermeiden. Dennoch konnten auch die Grünen nicht verhindern, dass sich ihre Bundes- und Landtagsfraktionen professionalisierten und so seit den 1980er Jahren zu Machtzentren entwickelten, da sie hauptberuflich und kontinuierlich Politik betrieben. Auch die zwangsweise Rotation der Mandate wurde bereits seit den 1980er Jahren schrittweise aufgegeben, da der rasche Wechsel kaum eine vertiefte politische Arbeit ermöglichte. Politik als Beruf ist heute bei ihrer Führung längst die Regel, und Spitzenpolitiker der Grünen können nunmehr ebenfalls auf Parteikarrieren von über zwei bis drei Jahrzehnten zurückblicken.

Neben den Grünen gab es einen zweiten Bruch in der jüngeren Geschichte der Politik als Beruf: die Wiedervereinigung. In der DDR war Politik gänzlich als Beruf organisiert und selbst Aufgaben des klassischen Ehrenamts weitgehend staatlich organisiert und finanziert. Die Ausbildung für die politische Karriere war hier in Parteischulen professionalisiert. Die Kaderakte dokumentierte den Aufstieg und das Verhalten in Parteigremien von Kindesbeinen an. Von den Schulungen zehrten nach 1990 durchaus noch viele Politiker der PDS, die hier Organisationserfahrung gesammelt hatten, wenngleich sie sich nun zwischen neuen Regeln zurechtfinden mussten.

Aus der Oppositionsbewegung heraus trat in Ostdeutschland zugleich ein neuer Typus von Politikern auf. Dieser zeichnete sich gerade dadurch aus, dass er keine politische Erfahrung aus der DDR mitbrachte oder allenfalls aus Protestgruppen kam. Gerade die Unerfahrenheit dieser Politiker war ihre Botschaft, mit der einzelne von ihnen, wie Angela Merkel, rasch in Ministerämter rücken konnten. Fehlende politische Kenntnisse mussten sie durch biographische Authentizität kompensieren: etwa durch christlichen Glauben und ein unangepasstes oder zumindest unauffälliges Leben vor 1989. Entsprechend galten Politiker wie Angela Merkel, Wolfgang Thierse oder Joachim Gauck als vertrauenswürdiger als viele Politiker im Westen.

In Ostdeutschland zeigte sich bereits in den 1990er Jahren ein weiterer Trend, der später erst den Westen erreichte. Parteien und Verbände, Kirchen, Vereine und Gewerkschaften spielten hier schon in den 1990er Jahren eine deutlich geringere Rolle und wurden rasch deutlich negativer bewertet. Insofern erfolgte auch der Aufstieg von Politikern in politische Ämter und Mandate weniger über die Parteien. Dies ermöglichte politische Blitzkarrieren, aber gerade in den neuen Bundesländern auch viele Skandale um Politiker, da die etablierten Auswahlverfahren fehlten und Glücksritter leichter durchpreschten.<sup>56</sup> Die mangelnde Professionalisierung hatte also auch hier zwei Seiten. Dass die ostdeutschen Politiker kaum durch Parteien ausgewählt und geschult wurden und damit die »Bewährungsphase« entfiel, erwies sich oft als nachteilig. Dies verstärkte ostdeutsche Vorurteile gegenüber Politikern in den 1990er Jahren ebenso wie die starke Rolle, die westdeutsche Politiker im Osten einnahmen; angesichts der grassierenden Arbeitslosigkeit im Osten wurde ihnen rasch zugeschrieben, hier nur ihre eigenen Pfründe gepflegt zu haben.

Die AfD knüpft seit 2015 erfolgreich an diese Vorwürfe an. Der Thüringer AfD-Sprecher Björn Höcke fürchtet dabei die »Tendenz der Oligarchisierung und der Erstarrung« langfristig auch für seine Partei, etwa durch »Frei-Fressen- und Frei-Saufen-Veranstaltungen der Lobbyisten«. Deshalb solle die AfD rasch ihre »historische Mission« erfüllen und eine »fundamentaloppositionelle Bewegungspartei« bleiben.<sup>57</sup> Bei der AfD zeigen sich zugleich vertraute Muster der Personalrekrutierung: Einerseits haben sich an der Spitze Politiker durchgesetzt, die seit langem in der Politik aktiv sind und meist von der Christdemokratie stammen, wie insbesondere Alexander Gauland. Björn Höcke selbst arbeitete zwar als Lehrer, sammelte aber in der Jungen Union politische Erfahrungen. Andererseits reüssieren in der AfD Professoren als Quereinsteiger, die aus der akademischen Selbstverwaltung Erfahrungen mitbringen. Auffällig ist zudem, dass bei ihr trotz mehrheitlich männlicher Basis und Fraktionen gezielt Frauen an der Spitze stehen, was gerade für konservative Parteien ein neuer Trend ist.

.....

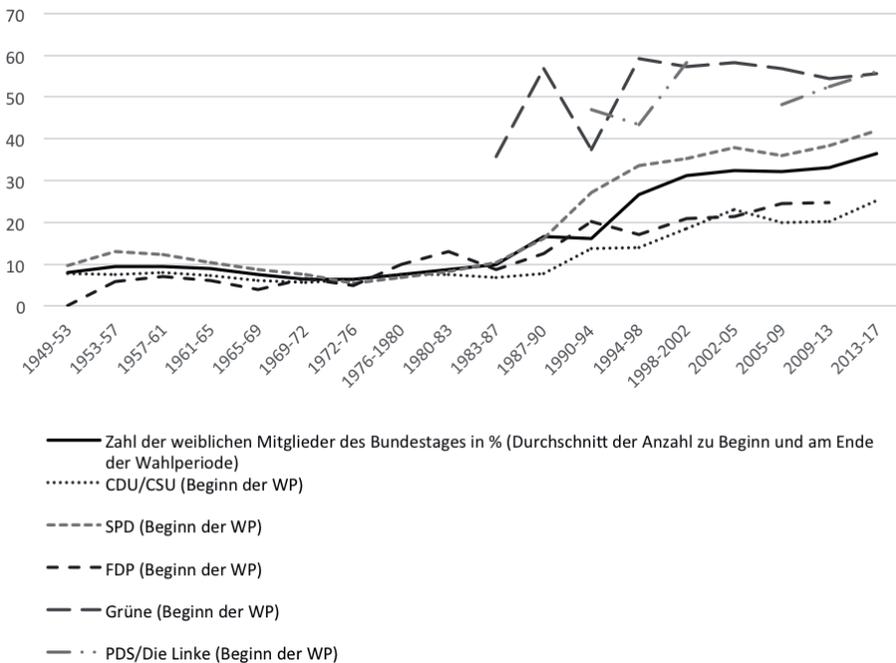
So gut wie keine Frauen im Kabinett zu berücksichtigen, war ein Signal an die Öffentlichkeit: Es sollte unterstreichen, dass Politik ein hartes Geschäft sei, das Führungsstärke, einen langen Arbeitstag und höchste Qualifikation abverlangte, und gerade dies wurde mit der Personalauswahl als männlich konnotiert.

.....

Dass Frauen eine führende Rolle in der Politik einnehmen, zeichnete sich erst seit der Wiedervereinigung ab. Politik als Beruf war bis dahin vor allem eine männliche Profession. 1961 erhielt mit Elisabeth Schwarzhaupt (CDU) erstmals eine Frau ein Ministeramt, doch bis in die frühen 1980er Jahre blieb das Gesundheits- und Familienministerium das einzige Ressort, das an eine Frau ging. 1969 konnte die SPD noch mit dem Slogan »Wir haben die richtigen Männer« antreten, obgleich auf dem abgebildeten Schattenkabinett zumindest eine Frau zu sehen war – die bisherige Gesundheitsministerin Käte Strobel, die dann Familienministerin wurde. Unter Kohl übernahm mit Heiner Geißler wieder ein Mann dieses Ressort, sodass die weiterhin einzige Frau im Kabinett, Dorothee Wilms, nun das Bildungsministerium erhielt. So gut wie keine Frauen im Kabinett zu berücksichtigen, war ein ebenso unbewusstes wie bewusstes Signal an die Öffentlichkeit: Es sollte unterstreichen, dass Politik ein hartes Geschäft sei, das Führungsstärke, einen langen Arbeitstag und höchste Qualifikation abverlangte, und gerade dies wurde mit der Personalauswahl als männlich konnotiert.

Besonders bemerkenswert ist in dieser Hinsicht die Zusammensetzung des Bundestags. Der Anteil der Frauen im Bundestag lag trotz der zunehmenden Gleichberechtigung bis in die 1980er Jahre bei deutlich unter zehn Prozent. Erstaunlicherweise sackte er in den 1970er Jahren, als sich die Frauenbewegung auch in der SPD formierte, selbst bei den Sozialdemokraten auf einen historischen Tiefstand von nur fünf Prozent ab. Gesellschaftliche Veränderungen schlugen sich somit kaum in der Politik nieder. Dies lag am Fortbestehen männerbündischer Strukturen, aber auch an den langen aufwendigen Karrierewegen für Wahlämter, die erst schrittweise Frauen den Weg öffneten.

Abbildung 3: Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag insgesamt und in den Parteien<sup>58</sup>



Frauen mit politischen Karrieren hatten lange ein deutlich anderes Sozialprofil als Männer. Viel häufiger waren sie kinderlos, von der ersten Ministerin Elisabeth Schwarzhaupt bis hin zu Angela Merkel. Zudem waren sie bis in die 1970er Jahre deutlich älter als ihre Kollegen (25 Prozent mehr in den älteren Gruppen), da sie oft erst Kinder großgezogen hatten oder sich lange in Frauenverbänden bewähren mussten.

Abbildung 4: Weibliche Abgeordnete im Bundestag nach ihrem Familienstand sowie prozentuale Abweichung zum Durchschnitt der männlichen Kollegen (in Klammern)<sup>59</sup>

Wahlperiode	Ledig, verwitwet, geschieden bzw. andere Angaben in %	Verheiratet ohne Kinder in %	Verheiratet mit Kindern in %
3.	60,4 (+47,3)	18,8 (-26,7)	20,8 (-20,6)
4.	58,1 (+44,9)	16,3 (-15,4)	25,6 (-29,5)
5.	50,0 (+39,4)	13,9 (-9,7)	36,1 (-29,7)
6.	52,9 (+43,4)	8,8 (-7,6)	38,2 (-35,9)
7.	50,0 (+42,1)	6,7 (-5,5)	43,3 (-36,6)
8.	50,0 (+40,7)	13,2 (+0,8)	36,8 (-41,6)
9.	29,6 (+20,2)	25,0 (+13,6)	45,5 (-33,7)
10.	43,1 (+31,6)	7,8 (-1,8)	49,0 (-29,8)
11.	47,5 (+32,7)	7,5 (-0,4)	45,0 (-32,3)
12.	34,6 (+19,6)	12,5 (+4,2)	52,9 (-23,8)
13.	36,4 (+16,0)	11,4 (+2,0)	52,3 (-17,9)
14.	40,1 (+18,1)	11,1 (+1,1)	48,8 (-19,2)
15.	42,3 (+13,8)	11,7 (+1,7)	45,9 (-15,6)

Man kann deshalb argumentieren, dass erst die Professionalisierung der Politik für Frauen die Chancen verbesserte, sich hier zu betätigen. Politik als Beruf erhöhte für Frauen nicht nur die Unabhängigkeit von Verbänden, sondern auch die Unabhängigkeit vom Ehemann und der Familie. Seit den 1980er Jahren zeichnete sich im Bundestag ein Wandel ab, den besonders die Grünen einleiteten. Sie führten als erste Partei Quoten für Parteigremien, Mandatsträger und deren Vorsitzende ein. Mit Petra Kelly stand auch nach außen hin eine besonders aktive Politikerin an ihrer Spitze, die jedoch ebenfalls kinderlos war und ohne festere familiäre Bindungen lebte.<sup>60</sup> Nicht nur bei den Grünen, sondern seit den 1990er Jahren auch bei den anderen Parteien zogen besonders junge Frauen mit akademischen Abschlüssen in die Politik ein, die zugleich die Wählerinnen und die junge Generation insgesamt ansprechen sollten. Oft mussten sie weitere regionale Proporzkriterien erfüllen, um höhere Posten zu erhalten: Bei der CDU war etwa die »junge evangelische Frau aus

Nord-Hessen« ein geflügeltes Wort, die einen symbolischen Ausgleich zu den älteren Katholiken aus dem Süden schaffen sollte, zudem seit 1990 die »junge evangelische Frau aus dem Osten«. Bekanntlich profitierte auch Angela Merkel von diesem weiblichen Mehrfachproporz, der ihr mit bereits 37 Jahren ohne politische Erfahrung die Übernahme des Bundesministeriums für Frauen und Jugend ermöglichte. Künftig dürften Politiker mit Migrationshintergrund eine größere Rolle spielen, die sich bislang kaum in der Politik finden. Mit Philipp Rösler rückte zwar 2009 ein Politiker mit vietnamesischen Eltern zum Bundesminister auf, der jedoch als adoptierter Weise in Deutschland aufgewachsen war und keinerlei Verbindung nach Vietnam hatte. Wenn heute einzelne Politiker mit ausländischen Wurzeln aufgestellt werden, haben sie, ähnlich wie vormals beim Frauenproporz, eine deutlich kürzere »Ochsentour« in der Partei hinter sich, die statt im Schnitt elf Jahre nur vier beträgt. Erneut profitieren Frauen deshalb von einem »Migrationsbonus«, da so zwei Proporze zugleich bedient werden. Wiederum ist diese Quote ein gezielter Appell an die Wählerinnen, weshalb vor allem Frauen mit türkischem Migrationshintergrund oft dank gezielter Ermutigungen ihren Weg eher ungeplant in die Politik fanden.<sup>61</sup> Im Vergleich zu den Vertriebenen nach 1945 sind die Migranten jedoch eher schwach vertreten.

### 3. Die Fähigkeiten von Politikern

Welche Fähigkeiten muss ein Politiker mitbringen? Als Theodor Heuss 1949 zum Bundespräsidenten gewählt wurde, ging er in seiner Antrittsrede auf die ihm zugeschriebenen Eigenschaften ein: »In den Zeitungen habe ich in den letzten Tagen allerhand seltsame Dinge von mir lesen können – nette Sachen –, auch dass mir die »Ellbogenkraft« fehle, die zum Politiker gehöre. Ich selber habe das Gefühl: Von der Ellbogenpolitik haben wir reichlich genug gehabt. Ich betrachte es persönlich als einen Gewinn meines Lebens im öffentlichen Sein, dass ich, um die Worte von ehemals zu gebrauchen, auf der Rechten wie auf der Linken persönliche Freundschaften und Vertrauensverhältnisse besaß und heute besitze; das wird so bleiben.«<sup>62</sup>

.....

Adenauer und Heuss verkörperten idealtypisch unterscheidbare Berufsrollen: den durchsetzungsstarken Machtpolitiker der Hinterzimmer und den vertrauenswürdigen Politiker der öffentlichen Rede.

.....

In gewisser Weise startete die Bundesrepublik mit zwei unterschiedlichen Politikertypen an der Spitze: Mit dem durchsetzungsstarken Juristen Bundeskanzler Adenauer, der Gremien, Netzwerke und Entscheidungen trickreich dominierte, und dem publizistisch geschulten Bundespräsidenten Heuss, der über das Wort wirkte

und sich als Mann des verbindlichen Ausgleichs positionierte. Beide prägten so Erwartungen, wie ihr jeweiliges Amt nach ihrem Rücktritt auszufüllen sei, und verkörperten idealtypisch unterscheidbare Berufsrollen: den durchsetzungsstarken Machtpolitiker der Hinterzimmer und den vertrauenswürdigen Politiker der öffentlichen Rede. Beide waren ihren Werdegang betreffend frühe Vorläufer jener Politiker, wie sie seit den 1970er Jahren häufiger auftraten. So hatten sie von Beginn an Politik und Beruf verbunden. Während Adenauer rasch kommunalpolitisch Karriere machte und vom jungen Kölner Beigeordneten zum Oberbürgermeister aufstieg, baute sich Heuss durch seine Arbeit für liberale Zeitschriften und Verbände früh eine politische Existenz auf, die ihn finanzierte, ein Netzwerk schuf und Profilierungschancen auf dem Weg in den Reichstag und in der Partei eröffnete.<sup>63</sup> Bei diesem Weg war die Nähe zu führenden Politikern, in diesem Fall Friedrich Naumann, entscheidend, um Türen zu öffnen.

Welche Voraussetzungen musste ein Politiker damals und auch heute mitbringen? Für gewöhnlich werden Zuschreibungen wie der Wille zur Macht, Ausdauer oder auch die Fähigkeit, Vertrauen aufzubauen genannt. Ebenso lassen sich weitere Kompetenzen ableiten. Dazu zählt zunächst die Fähigkeit, Konflikte auszutragen und zu moderieren. Wer Protokolle oder Briefe von Politikern studiert, fragt sich oft mitleidig, wie sie derartige Spannungen und Angriffe auch in der eigenen Partei aushalten. Gerade Adenauer hielt seine Partei mit scharfen Briefen auf Linie, die selbst für gewiefte Politiker schwer zu ertragen waren.<sup>64</sup> »Demokratie ist nie bequem«, argumentierte auch Heuss 1951.<sup>65</sup> Zugleich sah er nach Kriegsende als Voraussetzung der Demokratie, dass man »auch im Gegner den Partner sieht, den Mitspieler.«<sup>66</sup> Denn gerade das Moderieren von Konflikten war und blieb eine maßgebliche Fähigkeit, die Politiker mitbringen mussten.

Eine weitere Voraussetzung für Politik als Beruf ist das Organisieren von Verbündeten, im Idealfall von Mehrheiten. Dies erfordert eine permanente Kommunikation und Präsenz. Die dafür eingesetzten Medien haben sich stark gewandelt, die Taktung der Worte kaum. Man muss dabei nicht nur an die umfangreiche Korrespondenz von Heuss oder Adenauer erinnern, die beide täglich selbst zur Feder griffen, um Positionen auszuloten oder Leute auf Linie zu bringen. Mit der Etablierung des Telefons nahm dabei die informelle mündliche Kommunikation in den 1970er Jahren zu, besonders unter Kohl. Heute findet eine erstaunlich vielfältige Abstimmung über SMS und WhatsApp statt, um formale Wege schnell zu umgehen, oft sogar während der Sitzungen. Damit verbunden ist die nötige Fähigkeit, präzise und souverän mit der Sprache umzugehen. Dies mag auch erklären, warum derartig viele Juristen den Weg in die Parlamente wählten, ebenso Geisteswissenschaftler wie Lehrer oder Publizisten, zu denen Heuss bekanntlich auch gehörte.

All dies kostet Zeit. Bis zur Professionalisierung der Politik in den 1970er Jahren war es daher vor allem eine kleine Gruppe von Spitzenpolitikern, die maßgebliche

Entscheidungen vorbereitete. Die Vorstandsprotokolle der Parteien und die Fraktions- und Bundestagsprotokolle zeugen davon, dass die »Hinterbänkler« in der Ära Adenauer kaum die Stimme erhoben. Denn lediglich Spitzenpolitiker hatten die Ressourcen, Reden und Beschlüsse vorzubereiten und durch ihre Präsenz in Bonn Mehrheiten zu organisieren. Zudem beschränkte das Denken in Hierarchien ihre Kommunikation. In der CDU war es bezeichnenderweise das junge CDU-Bundevorstandsmitglied Helmut Kohl, der mit seinen 34 Jahren den damals 88 Jahre alten Parteivorsitzenden Adenauer anfuhr, es sei »ein uraltes CDU-Rezept, durch eine Fülle von Referaten die Zeit so auszudehnen, daß nachher für die Diskussion kein Raum mehr da ist.«<sup>67</sup> Später als Kanzler scheute auch Kohl keine langen Reden in Gremien, die die Diskussionszeit begrenzten.

Seit den 1970er Jahren zeigte sich die Demokratisierung der Gesellschaft auch in den Parlamenten und Parteien. Deutlich mehr Politiker und Parteimitglieder der zweiten und dritten Reihe konnten sich nun aktiv in den Willensbildungsprozess einbringen. Die erhöhten Diäten und der Ausbau der Mitarbeiterstellen ermöglichten mehr Mandatsträgern, sich an parlamentarischen Debatten und Entscheidungen zu beteiligen. Auch Hinterbänkler gewannen so oft aus ihrer Expertenrolle Einfluss, sei es in Ausschüssen oder in Parteigremien.<sup>68</sup>

Der Preis für diese Demokratisierung und Professionalisierung der Politik war freilich, dass ihre Arbeitsbelastung stark zunahm. Das Einbeziehen zahlreicher Hinterbänkler erhöhte die Anzahl der Sitzungen und verlängerte deren Dauer. Wenngleich uns über die Arbeitszeit von Politikern aus den 1950er Jahren keine präzisen Zahlen vorliegen, spricht einiges für einen stark gestiegenen Arbeitsaufwand. In den 1950/60er Jahren waren längere Urlaube, Mittagspausen und freie Abende selbst bei den Bundeskanzlern üblich; noch Ludwig Erhard machte hintereinander zahlreiche Urlaube von bis zu fünf Wochen und noch 1969 beklagte die CDU-Führung, dass einige Abgeordnete selbst während der Wahlkampfzeit im Urlaub waren.<sup>69</sup> Zeitungsberichte beschrieben zudem immer wieder die gähnende Leere im Parlament der 1960er Jahre.<sup>70</sup>

Erhebungen zur Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus den frühen 1970er und späten 1980er Jahren ermitteln dagegen eine Wochenarbeitszeit von rund 78 Stunden. Den größten Teil nahm dabei in den 1980er Jahren die »Informations- und Kontakttätigkeit« ein, vom Telefonat bis zum Arbeitessen, in Sitzungswochen zudem natürlich die Gremientätigkeit.<sup>71</sup> Neuere Studien machen 47 bis 67 Stunden aus.<sup>72</sup> Doch trotz dieser starken Arbeitsbelastung mögen Politiker ihren Beruf: Vier Fünftel der Bundestagsabgeordneten sind weitgehend oder sehr zufrieden, nur ein Zehntel unzufrieden, wie Befragungen der letzten Jahrzehnte ermittelten.<sup>73</sup> Das entspricht in etwa dem Durchschnitt der gesamtdeutschen Berufszufriedenheit.<sup>74</sup> Die meisten Politiker sehen ihre Arbeit also eher als Berufung denn als Broterwerb.

Das Bild der leeren Bänke im Parlament prägte jedoch weiterhin die öffentliche Wahrnehmung und das Klischee vom faulen Politiker, wenngleich jeder Sozialkunde-Unterricht nun über die Bedeutung der Ausschussarbeit aufklärte. Nachdem in den 1960er Jahren wieder Fotos und später auch Fernsehaufnahmen vom Bundestag zugelassen wurden, wurde dieser Eindruck visuell unterstrichen. Entsprechend ermahnten Politiker die Journalisten immer wieder, nicht die leeren Bänke im Parlament aufzunehmen.<sup>75</sup> Erwartet wurde damit, dass Politiker ihre Arbeit öffentlich demonstrieren. Zunehmende Reisen von Gruppen aus den Wahlkreisen hatten einen ähnlichen Zweck.

Die Debatte um die Fähigkeiten von Politikern entzündet sich vor allem daran, wer diese bestimmt und hierarchisiert. Ausgewählt werden potentielle Mandatsträger in Deutschland ja – im Unterschied zu Ländern wie den USA – vor allem über die Parteien. Politiker müssen daher zunächst vor allem die Fähigkeit mitbringen, sich in der innerparteilichen Willensbildung zu profilieren und durchzusetzen. Dies erfordert eine zeitaufwendige »Ochsentour« durch die Parteigremien, die für viele abschreckend wirkt. Diese langjährige innerparteiliche Profilierung erhöht dann wiederum die weitere Verweildauer in der Politik: Wer sie einmal erfolgreich hinter sich gebracht hat und so viel Energie in seinen politischen Aufstieg investiert hat, gab sein Mandat nicht so leicht auf.<sup>76</sup> Die Kritik an der Macht der Parteien ist zwar alt, sie erhielt aber seit den 1980er Jahren neue Resonanz. Große Skandale, besonders die Flick-Parteispendenaffäre und die Manipulationen von Uwe Barschel im Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein 1987, brachten die Politiker insgesamt in Misskredit. Die Kritik am Parteienstaat und einer selbstreferentiellen »politischen Klasse« expandierte seitdem. Nicht die kompetentesten Köpfe würden ausgewählt, sondern diejenigen, die in der Partei am besten verankert seien und zugleich deren Proporzlogik gerecht würden. Entsprechend lautete auch die prominente und vielbeachtete Kritik des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker im Juni 1992: »Der Hauptaspekt des ›erlernten‹ Berufs unserer Politiker besteht in der Unterstützung dessen, was die Partei will, damit sie einen nominiert, möglichst weit oben in den Listen, und in der behutsamen Sicherung ihrer Gefolgschaft, wenn man oben ist. Man lernt, wie man die Konkurrenz der anderen Parteien abwehrt und sich gegen die Wettbewerber im eigenen Lager durchsetzt.«<sup>77</sup>

Historisch gesehen war und ist in einem System mit modifiziertem Verhältniswahlrecht diese Auswahl durch Parteien jedoch schwer zu ersetzen und hat sich bewährt. Parteien sorgen dafür, dass Politiker ausgebildet werden und gewähren eine längere Phase der Prüfung und Auswahl. Zudem trugen sie erfolgreich dazu bei, Positionen zu aggregieren. Selbst das oft kritisierte Proporzsystem hat in der Politik seine Berechtigung, wenngleich es oft den Aufstieg von Talenten abbremst und eher unbekanntem Gesichtern eine Chance gibt. Die Kriterien für den Proporz wandelten sich und spiegeln die kulturellen Konfliktlinien. Bei den Christdemokraten bestimmte lange die Konfession den Proporz: Da die Mehrheit ihrer Mitglieder und

Politiker aus ihrer Zentrumstradition heraus katholisch war, reservierte die CDU/CSU exponierte Posten ausgleichend für Protestanten; etwa den Posten des Bundesinnenministers, des Bundestagspräsidenten oder eben auch des Bundespräsidenten. Listen von Amts- und Mandatsträgern wurden vor und nach Wahlen mit »k« und »e« (katholisch und evangelisch) versehen und ausgezählt, in den 1950er Jahren sogar für die Mitarbeiter ganzer Bundesministerien. Dies trug jedoch entscheidend dazu bei, Spannungen zwischen den Konfessionen zu mindern und ihr Zusammenwachsen in Deutschland zu fördern. In gewisser Weise entsprach dieses Verfahren der späteren Quotierungen für Frauen, die die Grünen 1979, die SPD 1988 und die CDU 1996 als anzustrebendes »Quorum« beschlossen.

Solche Proporze bescherten zunächst jeweils eine De-Professionalisierung der Politik, da sie weniger etablierten Politikern Chancen einräumten, sich zu bewähren. Weitere Proporzpunkte wie die Herkunftsregion, Zugehörigkeit zu Flügeln, Berufen oder Expertengruppen machten den Weg in Parlamente schwerer kalkulierbar. Insbesondere in den Landtagen führten sie dazu, dass hier wenig vorgebildete Abgeordnete aus bestimmten Regionen oder Standesgruppen reüssierten, die sich nur begrenzt auf das Mandat einließen. Man kann das positiv oder negativ bewerten. In jedem Fall stärkte dies die Macht der Fraktionsführung und der professionellen Referentenstäbe, die Ausschusssitzungen vorbereiten und entsprechend beraten müssen. Zumindest aber ist die gleichzeitige Kritik an Proporz und Berufspolitikern widersprüchlich: Denn der Proporz unterläuft ja gerade das feste Fortbestehen einer etablierten »Politikerkaste«, die männlich, weiß, gut ausgebildet und zwischen 45 und 60 Jahren alt ist, durch ein stärker repräsentatives Element. Sie fördert zudem Karrieren von Menschen, die potentiell aus ihrer jeweiligen Herkunft her andere Fähigkeiten aufweisen; etwa im Einsatz für eine bestimmte Konfession, Region oder kulturelle Zugehörigkeiten.

Dass politische Leitungsfunktionen spezifische Kompetenzen erfordern, zeigte sich bei Seiteneinsteigern. Erinnerung sei an Gerhard Schröders Versuch 1998, mit dem Unternehmer Jost Stollmann einen parteilosen Wirtschaftsminister zu präsentieren, der jedoch an einfachen ökonomischen Fragen der Journalisten scheiterte. Ebenso glücklos agierte 2005 der Jura-Professor Paul Kirchhof mit seinen wenig durchdachten Stellungnahmen zur Steuerreform und zum Familienbild, bei denen er dann wieder zurückrudern musste. Umgekehrt ist die Politik für viele Manager schwer zu ertragen, da Entscheidungen mühsam ausgehandelt, abgewogen und vermittelt werden müssen.

Erfolgreiche Seiteneinsteiger waren eher Professoren als Unternehmer – wie Rita Süßmuth, Ralf Dahrendorf, Ursula Lehr, Kurt Biedenkopf oder auch Karl Lauterbach. Denn sie waren sowohl im Umgang mit Wort und Wissen erfahren als auch mit komplizierten Gremien aus der Universität vertraut. Als Beamte konnten sie leicht in die Politik wechseln und notfalls in die Welt der Wissenschaft zurückkeh-

ren. Beratende Tätigkeiten ermöglichten das Sammeln von Erfahrungen, das Hineinschnuppern. Entscheidend für den erfolgreichen Einstieg war freilich auch bei ihnen zumindest ein starker Protegé in der Partei.<sup>78</sup> Denn aus dem öffentlich geschätzten Wort erwächst noch keine Mehrheit für Gesetzesreformen.

Erfolgreiche Seiteneinsteiger sind heute etwas häufiger geworden. Vor allem Frauen stiegen auf diese Weise kompetent auf, weil sie für Führungspositionen gesucht wurden. Hannelore Kraft, Manuela Schwesig oder Ursula von der Leyen kamen so ohne längere Ochsentour in kurzer Zeit auf Ministerinnenposten. Angesichts der schwindenden Basis der Parteien wird diese Form des relativen Seiteneinstiegs sicherlich zunehmen, also eine verkürzte kommunale Parteikarriere und eine stärkere Gewichtung des Sozialprofils.

Parallel zum steigenden Anteil von Frauen in politischen Führungspositionen nahm der polarisierende Umgangston in der Politik ab. Auch wenn dies einem alten Stereotyp und generellen Trend entsprach, trugen viele Politikerinnen sicherlich dazu bei, einen stärker ausgleichenden Politikstil zu etablieren als zu Zeiten von Franz Josef Strauß und Herbert Wehner. Im Unterschied zu den polarisierten Debatten bis in die 1980er Jahre suchten sie meist offener die Kooperation. Mehr Frauen oder Experten in der Politik erhöhen freilich nicht das Ansehen der Politiker. Vermutlich verstärkten sie bei Teilen der Gesellschaft gerade die Sehnsucht nach starken Männern, die machtorientiert polarisieren. Vor allem Männer unterstützen entsprechend populistische Parteien wie die AfD. Die Neue Rechte dürfte auch in Zukunft dazu beitragen, das Image des Politikers weiter zu verschlechtern: durch ihre populistischen Vorwürfe und durch ihr eigenes Betragen.

#### **4. Image und Realität: Ein Fazit**

Der exemplarische Blick auf die Sozialisation, Fähigkeiten und Finanzierung von Politikern zeigte vor allem eines: Die deutschen Politiker sind deutlich besser als ihr Ruf. Gerade in Zeiten digitaler Hasskanonaden ist es nötig, derartige Vorwürfe differenziert zu prüfen. Gestiegen sind vor allem die öffentlichen Erwartungen an das moralische Verhalten von Politikern, die bereits kleine Normverstöße zu großen Skandalen machen können. Auch dies ist jedoch als ein Zeichen für eine intakte Demokratie zu werten. Diese gerät aber in Gefahr, wenn eher nebensächliche Kleinigkeiten zu einer permanenten Diskreditierung des Parlamentarismus führen und kleine Skandale große politische Fragen überlagern. Vielleicht trägt in Zukunft auch der vergleichende Blick ins Ausland dazu bei, dass die oft gescholtene deutsche Parteiendemokratie besser bewertet wird als die in benachbarten Demokratien in Ost und West. Angesichts der Schelte, die Politiker in jüngster Zeit erfahren, bleibt nachgerade rätselhaft, warum sie sich diesen Strapazen aussetzen. Der Glaube, Dinge besser zu gestalten, die öffentliche Aufmerksamkeit und die Gewöhnung an Privilegien sind sicherlich zentrale Gründe. Wenig bekannt ist über die soziale Bin-

de kraft von Politik, wie gesellige Freundschaften und Kleingruppen, die untereinander durch Freundschaft und Rivalität anspornen, weiter in der Politik zu arbeiten.

---

Wenngleich viele Journalisten Missstände anprangern und die Boulevardpresse oft überzogen wettet: Negative Darstellungen von Politikern verbreiten mindestens ebenso die Politiker selber – nämlich durch ihre Rhetorik gegenüber ihren Konkurrenten.

---

Dass Politiker trotz ihres Engagements ein derartig schlechtes Image haben, erklären Parlamentarier einhellig mit den Medien, die negativ berichten würden.<sup>79</sup> Dies greift jedoch zu kurz. Denn gerade Journalisten wissen oft, wie schwer dieser Beruf ist und wie kompliziert die Suche nach Mehrheiten. Wenngleich viele Journalisten Missstände anprangern und die Boulevardpresse oft überzogen wettet: Negative Darstellungen von Politikern verbreiten mindestens ebenso die Politiker selber – nämlich durch ihre Rhetorik gegenüber ihren Konkurrenten. Eine empirische Studie zeigte etwa für die Zeit bis in die 1990er Jahre, dass die meisten negativen Meldungen von den Politikern selbst stammten, die wiederum, um in den Medien zitiert zu werden, derartig formulieren.<sup>80</sup> So gehört es seit langem zum Standardvokabular, die Politiker der gegnerischen Partei seien unfähig, würden nichts verändern oder nur Klientelinteressen vertreten. Insofern könnten und sollten Politiker selbst dazu beitragen, ihrem Berufsstand mehr Akzeptanz zu geben. Das Ansehen der Politik hängt zudem mit der Bedeutung des Politischen in der Gesellschaft zusammen. Dass Politiker in den 1970er Jahren ein relativ hohes Ansehen hatten, erklärt sich auch aus dem besonders großen politischen Interesse und Engagement in diesem Jahrzehnt. Der Bedeutungsverlust der Politik in der Gesellschaft seit den späten 1980er Jahren minderte das Interesse an ihrer Arbeit, die Erwartungen an bessere Lebensumstände stiegen jedoch trotz vermehrtem Wohlstand.

Als Historiker ist man davor gefeit, aktuelle Trends als neuartig und zwangsläufig anzusehen. Es lässt sich zumindest spekulieren, dass der neue Populismus zu einer Stärkung des politischen Engagements beiträgt und klassische Politiker neu aufgewertet werden. Regierungen der Seiteneinsteiger und Millionäre wie die von Trump angeführte dürften die Vorteile von Politikern aufzeigen, die die »Politik als Beruf« gelernt und sich darin mehrere Jahre ausgezeichnet haben. Die Erwartungen der deutschen Wähler zielen weiterhin mehrheitlich auf Sachlichkeit und Ausgeglichenheit, wenngleich viele 2017 der Konsenskultur der Großen Koalition müde waren und zwölf Prozent eine rechtspopulistische Protestpartei wählten. Gerade das sicherte die Akzeptanz von Politikern wie Angela Merkel oder Winfried Kretschmann. Die Kritik am Berufspolitiker währt nun lange. Es bleibt erstaunlich, dass bei

allen anderen Berufsfeldern die Spezialisierung stark zugenommen hat und dies akzeptiert wird, bei Politikern hingegen nicht. Der Widerspruch zwischen den normativen Forderungen, zugleich gut ausgebildete Experten und repräsentative Vertreter des Volkes in Führungsämter zu bringen, lässt sich nicht auflösen.

---

## Anmerkungen

---

- 1 Vgl. Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion (Hg.): Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst, durchgeführt von: forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, Berlin 2016, S. 11. Ähnlich: GfK Verein: Trust in Professions Report 2016, URL: <http://www.gfk.com/de/insights/press-release/helfende-berufe-geniesen-das-vertrauen-der-deutschen/> [24.11.2017].
- 2 Vgl. GfK Verein: Trust in Professions Report 2014, S. 6, URL: <http://s.conjur.com.br/dl/estudo-credibilidade-gfk1.pdf> [24.11.2017].
- 3 Vgl. die Umfragen in: Hans Mathias Kepplinger: Politikvermittlung, Wiesbaden 2009, S. 162f.
- 4 Eigene Grafik des Autors nach: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 2011 und 2013, URL: [http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\\_reportsndocs/prd\\_1102.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/prd_1102.pdf) und [http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx\\_reportsndocs/PD\\_2013\\_05.pdf](http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsndocs/PD_2013_05.pdf) [24.11.2017].
- 5 Vgl. Hans-Martin Schönherr-Mann: Wieviel Vertrauen verdienen Politiker, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15/16 (2002), S. 3–5.
- 6 Vgl. Andreas Dörner: Politserien: Unterhaltsame Blicke auf die Hinterbühnen der Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51 (2016), S. 4–11, hier S. 10.
- 7 Rede Björn Höcke, 17.1.2017, Wortlaut nach Protokoll, in: Tagesspiegel, 19.1.2017, URL: [www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html) [24.11.2017].
- 8 Weiterhin grundlegend aus theoretisch-sozialwissenschaftlicher Sicht hierzu: Jens Borchert: Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses, Frankfurt a. M. 2003, S. 29f.
- 9 Vgl. Christiane Frantz: »Ochsentour? Das hab' ich nicht nötig!« Rekrutierung, Karriere und Rollenkonzeption von NGO-Politikern, in: Michael Erdinger/Werner J. Patzelt (Hg.): Politik als Beruf. Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema, Wiesbaden 2011, S. 255–268, hier S. 265.
- 10 Max Weber: Politik als Beruf, Berlin 2014 [1919], S. 20. Auf diesen zum Essay ausgearbeiteten Vortragstext Webers wird hier nicht eingegangen; vgl. ausführlich dazu: Borchert, Professionalisierung, S. 64–94.
- 11 Vgl. Philipp Austermann: Die Geschichte der Abgeordnetenentschädigung, in: Edzard Schmidt-Jortzig/Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): Der Wert der parlamentarischen Repräsentation. Entwicklungslinien und Perspektiven der Abgeordnetenentschädigung, Baden-Baden 2013, S. 103–145, hier S. 113f.
- 12 Vgl. Hermann Butzer: Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes, Düsseldorf 1999, S. 142.
- 13 Vgl. ebd., S. 243.
- 14 Vgl. Nikolaus Urban: Die Diätenfrage. Zum Abgeordnetenbild in Staatsrechtslehre und Politik 1900–1933, Tübingen 2003, S. 93 und 103.

- 15 Vgl. Eckart Conze: Das Auswärtige Amt. Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, München 2013, S. 27.
- 16 Vgl. Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002, S. 102.
- 17 Vgl. ebd., S. 111–119; Austermann, Abgeordnetenentschädigung, S. 129.
- 18 Vgl. Frank Bösch: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei, Stuttgart 2001, S. 195–235.
- 19 Vgl. Jens Borchert/Lutz Golsch: Deutschland: Von der »Honoratiorenzunft« zur politischen Klasse, in: Borchert (Hg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien, Wiesbaden 1999, S. 114–140, hier S. 131.
- 20 Eigene Grafik des Autors nach: Peter Schindler/Michael F. Feldkamp (Hg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Baden-Baden 1999, S. 3215f; Michael F. Feldkamp/Birgit Ströbel (Hg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994 bis 2003, Berlin 2005, S. 731; Deutscher Bundestag, URL: [http://www.bundestag.de/abgeordnete18/mdb\\_diaeten](http://www.bundestag.de/abgeordnete18/mdb_diaeten) [24.11.2017].
- 21 Mit derartigen Daten legitimieren Politiker ihre Bezüge, vgl. den SPD-Abgeordneten: Florian Pronold: Der gläserne Abgeordnete, URL: <http://www.glaeserner-abgeordneter.de/info-tour/diaeten> [24.11.2017].
- 22 Vgl. Giacomo Corneo: Die relative Bezahlung der Hochqualifizierten in Staat und Privatwirtschaft: Deutschland, 1977–2011, Berlin 2013, S. 22.
- 23 Vgl. Suzanne S. Schüttemeyer/Johannes Haas: Abgeordnetenbezüge im internationalen Vergleich, in: Schmidt-Jortzig/Schüttemeyer, Wert, S. 173–196, hier S. 180.
- 24 Vgl. Eva Gajek/Christoph Lorke (Hg): Soziale Ungleichheit im Visier. Images zu Armut und Reichtum in Ost und West, Frankfurt a. M. 2016.
- 25 Vgl. Heinrich Best/Stefan Jahr/Lars Vogel: Karrieremuster und Karrierekalküle deutscher Parlamentarier, in: Klaus Schubert/Marc Raschke (Hg.): Politik als Beruf, Wiesbaden 2011, S. 168–191, hier S. 174.
- 26 Vgl. Borchert/Golsch, Deutschland, S. 124.
- 27 Vgl. zuletzt Hans-Herbert von Arnim: Die Hebel der Macht und wer sie bedient, München 2017.
- 28 Eine kritische Beobachtung der vom Bundestag veröffentlichten Daten bietet regelmäßig: <https://www.abgeordnetenwatch.de>.
- 29 Lord Robert, in: Daily News, 18.6.1913, S. 1.
- 30 Weber, Politik, S. 22.
- 31 Vgl. Jens Borchert: Politik als Beruf: Die politische Klasse in westlichen Demokratien, in: Ders.: Politik, S. 7–39, hier S. 16.
- 32 Vgl. Helmar Schöne: Politik als Beruf: Die zweite Reihe. Zur Rolle von Mitarbeitern im US-Kongress und im Deutschen Bundestag, in: Erdinger/Patzelt, Politik, S. 232–254, hier S. 240f.
- 33 Zahl nach: [https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb\\_diaeten/1334d/260806](https://www.bundestag.de/abgeordnete/mdb_diaeten/1334d/260806) [24.11.2017].

- 34 Mit angestoßen wurde dies durch die Studie von Hans-Herbert von Arnim: Die Selbstbediener. Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen, München 2011.
- 35 Vgl. Borchert, Politik, S. 16.
- 36 Vgl. Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959, hg. u. bearb. v. Wolfram Werner, Berlin/New York 2010.
- 37 Vgl. Jens Tenschler: Salto mediale? Medialisierung aus der Perspektive deutscher Landtagsabgeordneter, in: Erdinger/Patzelt, Politik, S. 375–395, hier S. 387–390.
- 38 Vgl. etwa die noch harmlosen Vorwürfe gegen die amtierenden Minister bei »Journalistenwatch«, URL: [www.journalistenwatch.com/2017/01/27/deutsche-politiker-keine-ahnung-ist-die-voraussetzung/](http://www.journalistenwatch.com/2017/01/27/deutsche-politiker-keine-ahnung-ist-die-voraussetzung/) [24.11.2017].
- 39 Eine »Schließung der Politik« sieht hierin: Borchert, Professionalisierung, S. 39.
- 40 Vgl. Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart 2002, S. 131.
- 41 Vgl. Borchert, Professionalisierung, S. 134.
- 42 Vgl. Peter Schindler/Michael F. Feldkamp (Hg.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Baden-Baden 1999, S. 668f.
- 43 Vgl. ebd., S. 674.
- 44 Rainer Barzel: Die geistigen Grundlagen der politischen Parteien, Bonn 1947.
- 45 Biografisches bei: Klaus Dreher: Rainer Barzel. Zur Opposition verdammt, München 1974.
- 46 Bernhard Vogel/Peter Haungs: Wahlkampf und Wählertraditionen. Eine Studie zur Bundestagswahl von 1961, Köln 1965.
- 47 Vgl. Lutz Golsch: Die politische Klasse im Parlament. Karrieren und politische Professionalisierung von Hinterbänklern im Deutschen Bundestag, Göttingen 1998, S. 129.
- 48 Ebd., S. 291.
- 49 Vgl. Schindler/Feldkamp, Datenhandbuch, S. 564.
- 50 Vgl. Best/Jahr/Vogel, Karrieremuster, S. 171.
- 51 So Golsch, Klasse, S. 293.
- 52 Vgl. Best/Jahr/Vogel, Karrieremuster, S. 185.
- 53 Vgl. ebd., S. 177.
- 54 Vgl. Roman Deininger/Jan Schwenkenbecher: Wo sind sie jetzt, in: Süddeutsche Zeitung, 2.9.2017.
- 55 Vgl. Joachim Raschke: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 491.
- 56 Vgl. zu Skandalen in den 1990er Jahren im Osten: Bösch, Macht, S. 139f.
- 57 Rede Björn Höcke, 17.1.2017, Wortlaut nach Protokoll in: Tagesspiegel 19.1.2017, URL: [www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518.html) [24.11.2017].
- 58 Eigene Grafik des Autors nach: Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, 1949–1999, 1994–2003, 1990–2010, URL: <https://www.bundestag.de/datenhandbuch> [24.11.2017].

- 59 Eigene Grafik des Autors nach: Datenhandbuch des Deutschen Bundestages, 1949–1999, 1994–2003, 1990–2010, URL: <https://www.bundestag.de/datenhandbuch> [24.11.2017].
- 60 Vgl. Saskia Richter: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, Stuttgart 2010.
- 61 Vgl. Freya Angelia Markowis: Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund. Karrierewege und substantielle Repräsentation von Landtagsabgeordneten mit Zuwanderungsgeschichte, Berlin 2015, S. 295.
- 62 Theodor Heuss: Rede anlässlich seiner Wahl zum Bundespräsidenten, 12.9.1949, URL: <http://www.kas.de/wf/de/71.7356/> [24.11.2017].
- 63 Vgl. Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie, München 2013, S. 79–186.
- 64 Einen Eindruck davon bietet: Hans-Peter Mensing (Bearb.): Adenauer. Briefe 1951–1953, Stuttgart/Paderborn/Berlin 1987.
- 65 Theodor Heuss: Rede »Kräfte und Grenzen einer Kulturpolitik« (17.5.1951), in: Ders.: Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S. 154.
- 66 Ders.: Rede »Um Deutschlands Zukunft« (18.3.1946), in: Ders.: Aufzeichnungen 1945–1947, Stuttgart 1966, S. 206f.
- 67 Günther Buchstab (Bearb.): Adenauer: »Stetigkeit in der Politik«. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1961–1965, Düsseldorf 1998, S. 751f.
- 68 Vgl. Golsch, Klasse, S. 81.
- 69 Vgl. Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 300, 604; Bösch, Macht, S. 101.
- 70 Vgl. FAZ, 4.6.1962; FAZ, 11.2.1964; ebenso: FAZ, 29.1.1969.
- 71 Anhand von 44 Abgeordneten: Paul Kevenhörster/Wulf Schönbohm: Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4,1 (1973), S. 18–37; vgl. auch Dietrich Herzog u.a.: Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung, Opladen 1990, S. 83–100.
- 72 Vgl. Best/Jahr/Vogel, Karrieremuster, S. 174.
- 73 Vgl. ebd., S. 181.
- 74 Vgl. Umfrage Forsa Anfang 2015 in: Focus, URL: [http://www.focus.de/finanzen/karriere/berufsleben/arbeitsplatz/umfrage-jobzufriedenheit-geld-chef-atmosphaere-das-ist-den-deutschen-im-job-wichtig\\_id\\_4435851.html](http://www.focus.de/finanzen/karriere/berufsleben/arbeitsplatz/umfrage-jobzufriedenheit-geld-chef-atmosphaere-das-ist-den-deutschen-im-job-wichtig_id_4435851.html) [24.11.2017].
- 75 Zur Bedeutung der Medien im Parlament bereits: Frank Bösch: Parlamente und Medien. Deutschland und Großbritannien seit dem späten 19. Jahrhundert, in: Andreas Schulz / Andreas Wirsching (Hg.): Parlamentarische Kulturen in Europa – das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012, S. 371–388.
- 76 Vgl. Erdinger/Patzelt, Politik, S. 18.
- 77 Interview Richard von Weizsäcker, in: Die Zeit, 19.6.1992.
- 78 Vgl. Robert Lorenz/Matthias Micus: Die flüchtige Macht, in: Dies. (Hg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2009, S. 488.

- 79 97 Prozent sagten dies laut einer Umfrage des WZB 2005; o.A.: Politiker: Medien sind schuld an unserem schlechten Image, in: Handelsblatt, 15.3.2005.
- 80 Vgl. Kepplinger, Politikvermittlung , S. 165.

---

## Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

---

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884 – 1963). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts engagierte sich Heuss im politischen Leben – als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Redner und Biograph. In einem Zeitalter, das bestimmt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und von der Konfrontation der Ideologien, stand Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Ihm fiel als erstem Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Heuss betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die in drei rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung das Lebenswerk von Heuss in seinen vielfältigen historischen Bezügen vor Augen führt. Forscherinnen und Forschern stehen der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss, einer der größten Politikernachlässe der Bundesrepublik, und eine wissenschaftliche Fachbibliothek zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Sie knüpft dabei an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

[www.stiftung-heuss-haus.de](http://www.stiftung-heuss-haus.de)

---

## Neuerscheinung

---

Thomas Hertfelder, Ulrich Lappenküper, Jürgen Lillteicher (Hg.)

# Erinnern an Demokratie in Deutschland

**Demokratiegeschichte in Museen und  
Erinnerungsstätten der Bundesrepublik**

344 Seiten mit 104 farbigen Abbildungen, gebunden  
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2016 | EUR 30,-  
ISBN 978-3-525-30093-0



---

Während die Erinnerung an die NS- und die SED-Diktatur in deutschen Gedenkstätten und Museen einen großen Stellenwert einnimmt, beschäftigen sich nur verhältnismäßig wenige Einrichtungen mit der Geschichte der Demokratie. Der von Thomas Hertfelder, Ulrich Lappenküper und Jürgen Lillteicher herausgegebene Sammelband ergründet die Ursachen und untersucht, wie in ausgewählten Institutionen öffentlich-rechtlicher Trägerschaft, aber auch privaten Initiativen an Demokraten und an die demokratischen Phasen in der deutschen Geschichte erinnert wird. Die Autoren, 14 renommierte Historiker und Museumsmacher, zeigen auf, wie Phasen der Demokratie und Perioden der Diktatur in Deutschland in den Museen und Gedenkstätten zueinander in Beziehung gesetzt werden und welchen Stellenwert die »Demokratie« in der deutschen Erinnerungskultur einnimmt. Sie untersuchen mit Hilfe des Analyseinstruments der historischen Meistererzählung, auf welche Weise die Geschichte der Demokratie in Deutschland erzählt wird, und fragen nach biographischen und personalisierenden Zugriffen bei der musealen Präsentation.

---

## Publikationen in der Wissenschaftlichen Reihe

---

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)  
**Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler berichten von der Entstehung des Grundgesetzes**  
Stuttgart 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)  
**Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System der Bundesrepublik**  
Stuttgart 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)  
**Kritik und Mandat. Intellektuelle in der Deutschen Politik**  
Stuttgart 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner  
**Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus**  
Stuttgart 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)  
**Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungsausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947 zur Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933**  
Stuttgart 2003
- 6 Hans Vorländer (Hg.)  
**Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung**  
Stuttgart 2003
- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)  
**Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert**  
Stuttgart 2005
- 8 Frieder Günther  
**Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten**  
Stuttgart 2006

- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)  
**Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik.  
Politik, Literatur, Wissenschaft**  
Stuttgart 2008
- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)  
**Liberalismus und Emanzipation.  
In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik**  
Stuttgart 2010
- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtyseck (Hg.)  
**Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.  
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik**  
Stuttgart 2012
- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)  
**Liberalismus im 20. Jahrhundert**  
Stuttgart 2015
- 13 Wolfgang Hardtwig  
**Freiheitliches Bürgertum in Deutschland. Der Weimarer Demokrat  
Eduard Hamm zwischen Kaiserreich und Widerstand**  
*erscheint 2018*
- 14 Frank Bösch/Thomas Hertfelder/Gabriele Metzler (Hg.)  
**Die neoliberale Herausforderung und der Wandel des Liberalismus  
im 20. Jahrhundert**  
*erscheint 2018*

---

## **Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«**

---

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Die bereits abgeschlossene Reihe der Briefe umfasst folgende Bände:

**Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich, Briefe 1892 – 1917**

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther  
München 2009

**Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik, Briefe 1918 – 1933**

Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormann  
München 2008

**Theodor Heuss: In der Defensive, Briefe 1933 – 1945**

Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried  
München 2009

**Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie, Briefe 1945 – 1949**

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker  
München 2007

**Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident!**

**Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949 – 1959**

Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner  
Berlin/New York 2010

**Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1949 – 1954**

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt  
und Wolfram Werner  
Berlin/New York 2012

**Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1954 – 1959**

Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt  
und Wolfram Werner  
Berlin/Boston 2013

**Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman, Briefe 1959 – 1963**

Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther  
Berlin/Boston 2014

---

## Publikationen in der Kleinen Reihe

---

- 1 Timothy Garton Ash  
**Wohin treibt die europäische Geschichte?**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997  
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder  
**Machen Männer noch Geschichte?**  
**Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen Gedenkstättenlandschaft**  
Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker  
**Das parlamentarische System auf dem Prüfstand**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998  
Stuttgart 1999
- 4 **Parlamentarische Poesie**  
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates  
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar  
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck  
**Robert Bosch und der 20. Juli 1944**  
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph  
**»Ein neues Stück deutscher Geschichte«**  
**Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999  
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Sieg  
**Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt im Ersten Weltkrieg**  
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker  
**Ermächtigung zum politischen Irrtum**  
**Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit**  
Stuttgart 2001
  
- 9 Jutta Limbach  
**Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000  
Stuttgart 2001
  
- 10 Hildegard Hamm-Brücher  
**»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«**  
**Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven für Gegenwart und Zukunft**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001  
Stuttgart 2002
  
- 11 Richard Schröder  
**»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«**  
**Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002  
Stuttgart 2003
  
- 12 Andreas Rödder  
**Wertewandel und Postmoderne**  
**Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990**  
Stuttgart 2004
  
- 13 Jürgen Osterhammel  
**Liberalismus als kulturelle Revolution**  
**Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003  
Stuttgart 2004
  
- 14 Frieder Günther  
**Mislungene Aussöhnung?**  
**Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958**  
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder  
**In Presidents we trust**  
**Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA**  
Stuttgart 2005
- 16 Dieter Langewiesche  
**Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss**  
Stuttgart 2005
- 17 Peter Graf Kielmansegg  
**Die Instanz des letzten Wortes**  
**Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004  
Stuttgart 2005
- 18 Gesine Schwan  
**Vertrauen und Politik**  
**Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005  
Stuttgart 2006
- 19 Ralf Dahrendorf  
**Anfechtungen liberaler Demokratien**  
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-  
Theodor-Heuss-Haus  
Stuttgart 2007
- 20 Angela Hermann  
**»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«**  
**Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher**  
Stuttgart 2008
- 21 Salomon Korn  
**Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007  
Stuttgart 2008
- 22 Giovanni di Lorenzo  
**Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008  
Stuttgart 2009

- 23 Matthias Weipert  
**»Verantwortung für das Allgemeine«?**  
**Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP**  
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm  
**Die Würde des Menschen ist unantastbar**  
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus  
zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009  
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof  
**Der freie oder der gelenkte Bürger**  
**Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch**  
**die Organisationsgewalt des Staats**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009  
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis  
**Freiheit und Unfreiheit durch Recht**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010  
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht  
**... allein mir fehlt der Glaube**  
**Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011  
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel  
**Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie**  
**Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart**  
Stuttgart 2013
- 29 Thomas Hertfelder  
**Von Naumann zu Heuss**  
**Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland**  
Stuttgart 2013

- 30 Joachim Gauck  
**Mehr Bürgergesellschaft wagen**  
**Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit des Erinnerns**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013  
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch  
**Mythen – Fakten – Ansatzpunkte**  
**Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014  
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert  
**In der neuen Weltordnung**  
**Zur deutschen Geschichte seit 1990**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015  
Stuttgart 2016
- 33 Kristian Buchna  
**Im Schatten des Antiklerikalismus**  
**Theodor Heuss, der Liberalismus und die Kirchen**  
Stuttgart 2016
- 34 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger  
**Bedrohte Freiheit**  
**Der liberale Rechtsstaat in Zeiten von Terrorismus und Rechtspopulismus**  
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2016  
Stuttgart 2017
- 35 Frank Bösch  
**Politik als Beruf. Zum Wandel einer beschimpften Profession seit 1945**  
Stuttgart 2018

---

## Impressum

---

Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgegeben von der  
**Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus**  
Breitscheidstraße 48  
70176 Stuttgart

[www.stiftung-heuss-haus.de](http://www.stiftung-heuss-haus.de)

---

**Redaktion:** Dr. Kristian Buchna

---

**Satz:** Ulrike Holzwarth, Büro für Gestaltung

---

**Gestaltung:** as kommunikationsdesign, Stuttgart

---

**Druck und Bindung:** logo Print GmbH, Metzingen

---

**Umschlagfoto:** Bundesregierung/Ludwig Wegmann

**Foto hintere Umschlagklappe:** Joachim Liebe

---

ISBN 978-3-942302-13-5 | ISSN 1435-1242

© SBTH, Januar 2018

Die Stiftung wird vom Bund finanziert mit Mitteln aus dem Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



---

## Zum Autor

---

**Frank Bösch**, geboren 1969 in Lübeck, ist Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) Potsdam und ord. Professor für deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam.

Er ist Autor zahlreicher, vielbeachteter Studien, darunter: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969 (2001); Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914 (2009); Geteilte Geschichte: Ost- und Westdeutschland 1970–2000 (Hg., 2015).

**Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus**  
**Breitscheidstraße 48**  
**70176 Stuttgart**  
**[www.stiftung-heuss-haus.de](http://www.stiftung-heuss-haus.de)**

**ISSN 1435-1242**  
**ISBN 978-3-942302-13-5**